

Die „Volkswacht“
erscheint täglich Nachmittags außer
Sonntag und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
durch die Post und
durch Expeditoren zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mk. 8.10,
pro Woche 25 Pf.
Postzeitungsliste Nr. 7102.

Volkswacht

für Schlessen, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Insertionsgebühren
Beträgt für die fünfgepaltenen
Zeilen oder deren Raum
20 Pfennige, für Vereins- und
Berufungs-Anzeigen
10 Pfennige.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Nr. 60.

Breslau, Montag, den 11. März 1895.

VI. Jahrgang.

Weg mit den „Führern“

der socialdemokratischen Arbeiter, so heißt der leitende Gedanke der meisten unserer Gegner bei allem, was sie gegen die Socialdemokratie unternehmen. Da zerbrechen sich die Herren ihre werthen klugen Köpfe und zwar nicht nur die Herren am grünen Tische, sondern nicht minder die leitenden Geister der verschiedensten bürgerlichen Parteien und am Ende jeder einzelne Gegner der Socialdemokratie, jeder Fabrikant oder sonstige Unternehmer, der einen „Führer“ der Socialdemokraten verachtet und wundert meint, was er zur Vernichtung der Socialdemokratie beigetragen hat, wenn er diesen Socialdemokraten auf's Straßpflaster setzt, — und ihn damit natürlich geradezu zwingt, eine „Führerrolle“ zu spielen — kurz und gut, sie Alle dichten und trachten nach dem einen Ziel: Beseitigung der socialdemokratischen „Führer.“

Auch das Umsturzgesetz soll sich in allererster Linie nicht gegen die Arbeiter selbst richten — bewahre, die Arbeiter sind zufrieden, geduldig, sie haben den Glauben an ein besseres Jenseits, Gott sei Dank, noch nicht verloren — unzufrieden ist nur das Führerthum, das die Arbeiter verhetzt und — dem Herrgott sei es geklagt — den Arbeitern den Frieden stört und ihnen den Glauben an ein besseres Jenseits nimmt. Das sind Klagen, die, mehr oder minder legisch vorgetragen, wir in der Umsturzkommision zu hören bekamen, und deshalb gilt es mit allen Mitteln des Gesetzes, diese Führer bekämpfen, sie lahm legen, es ihnen unmöglich machen, ihren hegerischen Bestrebungen weiter nachzugehen zu können und wie wäre solches besser zu erreichen, als dadurch, daß man diese Führer bei jedem Wort, das sie reden, jeder Zeile, die sie schreiben, packt und einsperret, daß ihnen beim Dütenkleben, Wergaupfen und ähnlichen geistnregenden Beschäftigungen jeder Gedanke an socialdemokratische Aufhebung der Arbeiter vergehen wird.

Jene „klugen“ Leute glauben meist alle in vollem Ernst, daß, wenn es keine „Führer“ gebe, es auch keine Socialdemokratie geben könne, daß die socialdemokratische Bewegung lediglich das Product einiger berechnender Köpfe unter den Führern sei, nur hervorgerufen, um diesen Personen politische Macht, Einfluß und vor Allem eine möglichst angenehme materielle Stellung im Leben zu verschaffen. Es soll uns nicht einfallen, das unzulässig Lächerliche und Thörichte solcher Anschauungen hier des längeren dar-

zuthun, müßten wir doch fürchten, unsere Leser zu belästigen, wollten wir ihnen hier noch des Langen und Breiten auseinandersetzen, daß die socialdemokratische Bewegung ein raturnothwendiges Product unserer gesammten ökonomischen und socialen Entwicklung, eine Phase in der Weiterentwicklung der ganzen menschlichen Verhältnisse zu immer höherer Vollenbung ist und daß dieser unwiderstehlichen Bewegung selbst die plötzliche Entfernung aller sog. Führer nichts schaden und höchstens eine augenblickliche, rasch vorübergehende Stockung verursachen würde.

Unsere Gegner, verstockt und befangen in ihren thörichten Anschauungen über das wirkliche Wesen der Socialdemokratie, sind allerdings nicht zu bekehren und so gehen wir sie denn zu unserer lebhaften Erheiterung ständig mit den Bestrebungen umgehen, die Führer ins Herz zu treffen, sie zu vernichten auf die eine oder andere Weise und damit der immer unheimlicher werdenden Ausbreitung der socialdemokratischen Ideen einen Damm entgegenzusetzen, die armen, misleiteten Arbeiter auf den rechten Weg, den Weg des Vertrauens zu Gott, zu ihren „Brotgebern“ und zur Ehrlichkeit zu führen.

So hat denn auch die Umsturzkommision schon ihr redlich Theil gethan, durch Fufangeln aller Art und schwere Strafbestimmungen im Umsturzgesetz die „Vernichtung“ der „Führer“ vorzubereiten. Freilich, Manchen that sie darin noch lange nicht genug und wenn man z. B. einmal dem „König Stumm“ die Ausarbeitung eines Gesetzes gegen die socialdemokratischen Führer überlasse, würde die Sache zweifellos noch ganz anders klappen. Na, was nicht ist, kann ja noch werden! Jedenfalls arbeiten auch die jetzigen „Umsturz männer“ aller Parteischattirungen eifrig genug an der Lösung dieser eminent wichtigen Aufgabe und wir zollen der hohen Intelligenz und großen Geschicklichkeit dieser verehrten „Staatsmänner“ unsere volle und neidlose Anerkennung.

Leider aber scheint es, als wenn man in den Kreisen der Gegner der Socialdemokratie selbst weniger neidlos den weisen und lobenswerthen Bemühungen unserer gegenwärtiger Umsturztöchter im Reichstage gegenübersehen und als ob man in diesen Kreisen selbst an die Wirksamkeit der geplanten „scharfen, gesetzgeberischen Maßnahmen“ nicht mehr recht glauben will. Hat sich doch in diesen Tagen in der Reichshauptstadt eine Vereinigung aufgethan, welche den Namen „Volkswirtschaftlicher Verband“ führt und von der geriaten Idee getragen ist, daß sich alle „ordnungsliebenden“

Leute, Industrielle, Kaufleute, Landwirthe, Beamte, Handwerker und — Arbeiter (man denke!) zu einer „dauernden Organisation gegen die Umsturz Bewegung“ zusammenfinden sollen.

Und in welcher Weise soll diese hohe Aufgabe erfüllt werden? O, in sehr edler, lobenswerther Weise und entgegen den Bestrebungen der Umsturzkommision, ganz ohne Verschärfung der Strafgesetze. In dem Programm, welches sich dieser „Volkswirtschaftliche Verband“ gegeben hat, heißt es u. A.: daß „mit Polizei und Gericht, mit Beschränkung der freien Meinungsäußerung, des Vereins- und Versammlungsrechtes, mit kleinlicher Verfolgung Einzelner und Eingriffen der Verwaltung in das Erwerbleben nichts erreicht wird, im Gegentheil, die Stellung der Führer befestigt wird... Es ist offenbar ein Mangel an politischer Leistungsfähigkeit, wenn man nicht ohne die Staatsgewalt mit den Herrern fertig werden kann; unsere Arbeiter sind keine gefährlichen Menschen, man kann sehr gut mit ihnen verkehren und sie zu anderen Ansichten bringen!“

Nun und was hat denn dieser „Verband“ entbedt, wie heißt das Mittel, mit welchem er die Arbeiter wieder „vernünftig machen“, d. h. wieder zu demüthigen, gehorsamen und „bescheidnen“ Leuten machen will, mit denen die „Herren“ nach Laune und Bedürfnis spielen können, wie's ihnen beliebt? Der Verband will auch die „Führer“ vernichten, aber nicht dadurch, daß er sie alleammt einsperren läßt, sondern indem er die Arbeiter „aufklärt“ über die „Verruchtheit“ dieser Führer, über ihren trassen Egoismus, ihre Verschwendung der Arbeitergroschen, ihren schlimmen Lebenswandel u. s. w. Zu diesem Zwecke hat der Verband ein kleines Arbeiter-ABC herausgegeben — nach dem Alphabet die zu beantwortenden Fragen geordnet. In diesen Fragen ist sehr viel die Rede von der Arbeiterausbeutungsfirma Bebel, Liebknecht, Singer u. Co. Wir wollen einige Fragen hierher setzen:

c) Wie hoch belaufen sich die Ausgaben der Arbeiter für Parteizwecke und was haben sie dafür? Was verdient die Arbeiter-Ausbeutungsfirma Bebel, Liebknecht, Singer u. Co. bei der Parteileitung? d) Wer controlirt den Verbrauch der freiwilligen Arbeiterbeiträge? e) Wer giebt die sichersten Angaben über Lebenshaltung der Arbeiterführer, über persönliche Aufstreten, Arbeitsleistung, Einnahmen und Ausgaben, über Wohnung, Kindererziehung, Steuern u. s. w. g) In welchem Maßstabe setzen die Arbeiterführer ihre angebliche arbeiterfreundliche Gesinnung in Geld oder in geschäftliche Vortheile um — als Gastwirthe, Cigarrenhändler, Futterhändler u. s. w. — indem sie mit der Partei sich die Kundenschaft verschaffen? m) Wie

Die Bekehrung André Savenay's.

Socialistischer Roman von Georges Renard.
Autorisirte Uebersetzung von Marie Kunert.

40] (Nachdem verboten.)

Die arme Frau glaubte noch immer, an der „Gesellschaft“ theil zu haben, und sie hätte sich ein Gewissen daraus gemacht, wenn sie eine der conventionalen Pflichten verabsäumt hätte, die von denen erfunden wurden, die nichts zu thun haben, und damit die Leere ihres Daseins ausfüllen.

Am nächsten Tage also legten Germaine und sie ihre schönsten Toiletten an, die allerdings nicht mehr nach der neuesten Mode waren, wie sie wohl wußten. Aber ach! was sollten sie dagegen thun? Dann machten sie sich unter Andree's Begleitung noch am Vormittag auf den Weg zur Magdalenkirche.

Ein Teppich, der sich vom Trottoir aus die Stufen, die zur Vorhalle führten, hinaufrollte und den Mittelgang des Schiffes von einem Ende bis zum anderen bedeckte, kündete schon beim Eingang an, daß es sich hier nicht um eine Verbindung zweier armer Teufel handelte, die ein alter, schäbig gekleideter Vicar mit heiterer Stimme in dem Halbdunkel irgend einer Seitenkapelle vollzieht, sondern um eine jener glänzenden Vermählungen, die der Bischof selbst einsegnet, mit Musik, vor dem Hochaltar, am Fuß des Tabernakels und des großen Kreuzifixes, an dem Ort, wo

eine Hochzeit am schönsten aussieht und auch am theuersten ist.

Die Kirche war mit Blumen geschmückt und funkelte von dem Licht der Kerzen. Die Glocken läuteten unaufhörlich wie an einem großen Feiertage. Eine elegante Menge, die mehr neugierig als feierlich gestimmt schien, saß enggedrängt auf den Stühlen. Die durch die bunten Fenster fallenden Lichtstrahlen tanzten auf der Seide, dem Atlas, den Spitzen der Toiletten und entfesselten hier das Feuer der Diamanten dort das Blitzen eines Rubins, der einem Tropfen kristallisirten Feuers gleich. Die Damen waren in der Mehrzahl vertreten, aber auch an Herren fehlte es nicht. Wie Herr Bernaud, der Vater des Bräutigams, wie der Baron von Türkheim, der als Zeuge zu erscheinen geruht hatte, so waren die Vertreter der Finanzwelt in Schaaren zugegen, und viele der Einzelnen, die diese christliche Ceremonie mit ihrer Gegenwart beehrten, sahen auffallend jüdisch aus. Auf Augenblicke konnte man glauben, man sei auf der Börse, und diese Illusion war um so eher möglich, als der Tempel des goldenen Kalbes einen Säulengang hat, der dem in der Kirche genau gleicht.

Die Unterhaltung wurde halblaut hinüber und herüber geführt.

„Wissen Sie, daß damit ein schöner Traum für die kleine Webster in Erfüllung geht?“ sagte eine Dame.

„Gar kein Vermögen vorhanden. Die Mutter hat die Mitgift ihrer Tochter außer den Dreivierteln ihres Geldes noch mitverzehrt. Und der Ehecontract

erkennt der jungen Frau die Summe von 500,000 Francs zu.“

„Postausend!“ antwortete ein Herr, „das junge Mädchen scheint sehr vorsichtig zu sein.“

„Ja, ein hübsches Reugeld.“ fügte ein Dritter hinzu, „an dem Tage, wo der Gegenstand nicht mehr gefällt.“

Die Orgel stimmte plötzlich eine festliche Fanfare an, der Zug trat ein, feierlich, majestätisch, ihm voran der Schweizer in großer Gala, der stolz die Fliessen unter den Schlägen seiner Hellebarde erdröhnen ließ.

Die Blicke aller eilten zuerst zu dem Brautpaar. Miß May schritt voran, aufrecht und stolz, mit erhobnem Haupte. Sie erschien in ihrem weißen Schleppkleide größer als sonst. Mit ihrem blendenden Teint und ihrem dichten, kupferroth schimmernden Haar war sie ein wirklich schönes Mädchen, eine Blume voll Leben und Frische in ihrer schönsten Entfaltung. Ein Flüstern der Bewunderung ging durch die Reihen der Männer. Aber wenn man nun nach Demjenigen suchte, dem die Ehre widerfahren sollte, für immer mit dieser sehr kräftigen Menschenpflanze verbunden zu werden, wußte man, daß ein Contrast bot sich da! Man wußte nicht, ob man lachen oder weinen sollte. In seinem schwarzen Frack eingezwängt, sah Alfred so dürr, blaß und jämmerlich aus, machte mit seinem grinsenden Gesicht, seinem laßnen Schadel so sehr den Eindruck eines recht arbeitsigen, verkommenen, lange vor der Zeit weß gewordenen Geschöpfes, daß mehrere Damen ein ironisches Lächeln kaum unterdrücken konnten.

die Arbeiter-Ausbeutungsfirma Bebel, Liebknecht, Singer u. Co. der enorm gesteigerten Vergnügungssucht der Arbeiter entgegengetreten? Nicht einmal die Ausplünderung auf den Tanzsälen wird beschränkt, diese Goldgruben müßte man besteuern."

Ist das nicht eine kapitale Idee? Wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr! Wir sind fest überzeugt, daß es nunmehr nur noch kurze Zeit dauern wird und die Arbeiter werden sich in hellen Schaaren mit Entrüstung abwenden von ihren „Führern“ oder besser „Verführern“, von den Leuten, die sich auf Kosten der Arbeiter mühen, ein Leben herrlich und in Freuden führen — wenn auch oft genug „hinter schwebischen Gardinen“ — und sie werden sich glücklich schätzen und hochgeehrt fühlen, wenn sie sich wieder zu den „Ordnungsleuten“ rechnen dürfen. Warum die Herren wohl so lange gewartet haben mit der Ausführung ihrer jamosen Idee? Warum ließ man erst Millionen Arbeiter in die Rege dieser socialdemokratischen Hezer fallen, wo es doch so leicht war, das schmählige Spiel der „Führer“ zu vereiteln? Auf diese naheliegenden Fragen werden uns die Herren wohl die Antwort schuldig bleiben.

Nun, wir sehen der Wirksamkeit des „Volkswirtschaftlichen Verbandes“ mit heiterer Ruhe entgegen und wollen nur hoffen, daß die Herren uns nicht vergessen bei der Uebermittlung des Resultats ihrer Untersuchung, wir versprechen ihnen dagegen, ihr Material vollständig verfügbar zu machen. — Wie weit die absolute Rath- und Hilflosigkeit der herrschenden Klassen und Kreise gegenüber dem immer kräftiger werdenden Neuen Socialdemokratie gebiethen ist, zeigt auch die Anwendung solcher Mittel, wie wir sie hier besprochen, wieder auf das Klarste den Rath gewiß nicht wenig belustigten socialdemokratischen „Führern“ und „Verführern.“

Politische Rundschau.

Den armen nothleidenden Agrariern widmet die „Volksig.“ folgende wohlmeinende Rathschläge: In einem ungemein scherzhaften Artikel des Organs des „Bundes der Landwirthe“ führt ein Agrarier bewegliche Klage über die theibständige Erhöhung der Jagdscheingebühren. Er rechnet aus, daß, wenn ein schicksaliger Agrarier ein paar erwachsene Söhne habe, die auch gern jechen möchten — und Quell liegt doch nicht alle Tage vor, nicht wahr? —, und wenn jeder von ihnen einen Jagdschein für 20 Mk. lösen müßte, hierdurch der Großgrundbesitz, die „nothleidende Landwirthschaft“, in unerträglicher Weise belastet werden würde. Und es hätten doch, so erzählt er der staunenden Wittheit, viele Besitzer von großen Gütern, wenigstens des preussischen Oden, seit Jahren nicht ein Reineinkommen von 4200—4500 Mk. gehabt. Diese Wittheilungen könnten einen Hund jammern, wenn sie nicht gar so lustig wären. Unter „Reineinkommen“ pflegen nämlich unsere Agrarier das zu verstehen, was ihnen nach Bezahlung ihres kostspieligen, häufig durch allerhand noble Passionen veredelten Haushalts nach Begleichung ihrer Champagnerrechnungen, nach Abzahlung ihrer eigenen Spielschulden oder der Spielschulden ihrer Herren Söhne übrig bleibt, oder viel-

mehr, weil sie eben nicht zu wirthschaften verstehen, nicht übrig bleibt! Das Wunderbare bei dieser schauderhaft traurigen Lage der Großgrundbesitzer ist nur, daß die Söhne der armen Väter immer wieder unter die nothleidenden Großgrundbesitzer gehen, statt einen Beruf zu wählen, der ihnen mehr einbringt, als der eines „Nothleidenden“. Wenn die Herren Jahr aus Jahr ein mit Unterbilanz arbeiten, warum ergreifen sie nicht z. B. den ehrenvollen und lohnenden Beruf eines Volksschullehrers? Es giebt in Preußen noch viele Tausende von setten — seit im Verhältnis zum Einkommen eines agrarischen Großgrundbesitzers — Lehrstellen auf dem Lande, die ihren Inhabern Einkommen bis zu — 750 Mark gewähren, wobei in Betracht des Lehrers noch reichliche Gelegenheit zu landwirthschaftlicher Thätigkeit gegeben ist, wenn die Herren Abkömmlinge der Agrarier auf die Ausübung dieser vornehmen Thätigkeit besonderen Werth legen sollten. Da den Lehrern die Erlangung eines Jagdscheins und die Ausübung der Jagd nach mannigfachen Erfahrungen erheblich erschwert wird, so brauchen sich auch die Söhne nothleidender Agrarier, die etwa Lehrer geworden sind, nicht mehr über die Höhe der Jagdscheingebühr zu beklagen, da sie diese Höhe gar nichts angeht. Wir werden abwarten, ob unser wohlgemeinter Rath bei dem agrarischen Nachwuchs auf furchtbaren Boden fallen wird.

— Eine Betrachtung über die letzten Tage und die Entwicklung der Frage des Umsturzgesetzes bringen die „Grenzboten“, indem sie schreiben: „Nicht wenig verhängnisvoll ist die Woche den Kämpfern gegen den Umsturz geworden. Wie das Kind beim zerbrochenen Krüge, so stehen die Liberalen vor dem Antrage Hintelen und jammern darüber. Wir sind bedeutend früher aufgestanden als die Herren von der „Nationalzeitung“, und hätten die Nationalliberalen den Rath befolgt, den ihnen in den Grenzboten ein Jurist gegeben hat, das Konstruktum a limine abzuweisen, so hätten sie dem Volke Luthers, Friedrichs des Großen, Lessings, Kants, Schillers und Fichtes die Beschönigung erspart, am Ende des 19. Jahrhunderts die Sitzung der Umsturzcommission vom 27. Februar zu erleben, wo der Geist der oben genannten sechs Heroen nur durch die zwei Abgeordneten Bartig und Bebel vertreten war. Maßregeln, wie die von Hintelen vorgeschlagenen, sind — das haben wir gleich anfangs gesagt — unabwendbare Folgen der Umsturzvorlage. Wenn man den Staat auf die mystische Grundlage religiöser Glaubenswahrheiten stellt, wie es die Umsturzvorlage thut, dann muß die deutsche Wissenschaft und Litteratur ausgetilgt werden, denn sie ist zwar nicht unverträglich mit dem Glauben an den persönlichen Gott und die Unsterblichkeit der Seele, wohl aber schlechthin unverträglich mit dem Zwange zum Glauben daran oder vielmehr, da der Glaube nicht erzwungen werden kann zum heuchlerischen Bekenntnis dieses Glaubens, und sie gewährt dem, der nicht glauben will, sehr feste wissenschaftliche Stützen seines Unglaubens. Da nun bei uns nicht, wie in Italien, zwei Drittel des Volkes Ane phobieren sind, so ist es unmöglich, die unteren Schichten vom Götterglauben der oberen abzukuppeln, und will man den Kinder glauben in jenen unverändert erhalten, so muß man in

diesen die Gedankenwelt ausrotten, die ihn gefährdet. Baut man dagegen den Staat nicht auf eine mystische Grundlage, sondern modern realistisch auf den Willen der Bürger und auf deren Einsicht in seine Nothwendigkeit, dann ist die Vermehrung der Strafgesetze und Strafen, der Denuncationen und Verfolgungen das denkbar schlechteste Mittel zu seiner Befestigung.“

— Zur Apothekenfrage. Die in Apothekerkreisen mit so großer Spannung erwartete Verhandlung im Abgeordnetenhaus über das Medicinalwesen hat am 4. d. Mts. stattgefunden. Sie endete grobhartig — mit einer Discussion über die Errichtung einer Apotheke in Zehlendorf. Es ist doch gut, daß eine Debatte über das Apothekenwesen stattgefunden hat, wir wissen doch jetzt Alle, was wir wissen wollten: Die Zehlendorfer brauchen eine Apotheke! Sonst konnten wir freilich nicht viel Neues erfahren. Gut ist nur, daß endlich auch die preussische Regierung sich zu der Ueberzeugung durchgearbeitet hat, daß es anders werden muß und dieser Ueberzeugung unverhüllten Ausdruck gegeben hat! Die Herren vom Deutschen Apothekerverein werden nicht sehr erfreut sein über die Aeußerungen des Ministerial-Directors Dr. v. Bartich: „Sie würden erstaunt sein, wenn ich Ihnen eine Nachweisung über diejenigen Verkaufspreise vorlegen würde, die in den letzten Jahren bezahlt worden sind. Es ist wirklich erst unlich, wie selbst in den kleinsten Städten die Apothekenpreise um Hunderttausende gestiegen sind. (Hört! Hört!) Dieser schwinghafte Handel mit Apotheken birgt eine öffentliche Gefahr in sich. (Zusimmung.) Man kann darüber nicht zweifelhaft sein, daß die Zunahme der Bevölkerung in keinem Verhältnis zu der Zunahme der Apotheken steht. Es ist ein Grundlag des öffentlichen Rechts, daß die Apotheken des Publikums wegen da sind, nicht umgekehrt.“ Man sieht doch, die preussische Regierung hat aus den Ausführungen der Abgeordneten Bebel und Wurm im Reichstage gelegentlich der Apotheken-Debatte im März 1892 etwas gelernt. Der Herr Cultusminister macht den Apothekern den Vorschlag, zu versuchen: „Durch genossenschaftliche Hilfe eine Ablösung der alten Realberechtigungen herbeizuführen, wie es in anderen Ländern auch schon geschehen ist.“ (Schweden.) Wir können uns nicht damit befassen, die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Ausführung dieses Vorschlages zu erörtern — für uns ist das Alles sehr gleichgiltig. Sollen wirklich die Apotheken des Publikums wegen, d. h. zum Nutzen des Publikums da sein, so ist das nur auf einem Wege zu erreichen, dem der Verstaatlichung.

Die Adresse der württembergischen Kammer bezeichnet die Revision der Verfassung als geboten und enthält folgende Wünsche: Ausschluß der Privilegirten aus der zweiten Kammer, ergänzende Listenwahl, bessere Vertretung der größeren Städte im Landtage, Wahlcouverts, unbeschränkte Legitimationsprüfung, unbeschränktes Initiativrecht, freie Festsetzung der Geschäftsordnung, Regelung der Rechnungscontrole, Aufhebung der lebenslänglichen Berufung der Ortsvorsteher, Erhaltung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Volksschulgesetz, Steuerreformen in Staat und Gemeinden, Sparamkeit, einheitliche Gesetzesbestimmungen

Nachdem der Zug vorüber war, nahm der Gottesdienst seinen üblichen Verlauf, und Andree, der mit Mutter und Schwester etwas abseits saß, hing seinen Gedanken nach:

„Wer wird hier eigentlich betrogen? Ich sehe hier nichts als Lüge und Betrug, niemand will der Gestalt sein, und doch sieht jeder so aus, als wäre er es. Wer wollte wohl sagen, daß sie nicht doppelt „schäblich“ ist, diese Ehe, welche das Gesetz bestätigt und die Kirche geweiht hat! Die Vereinigung zweier Herzen, die Gründung einer christlichen Familie, o, welche erhabene Dinge, würde der alte Dante sagen. Ja, wenn das nicht schöne Heidenarten wären! Was für Kinder kann dieses Paar der Gesellschaft verheizen? Seht mir doch nur diese Mißgeburt an und glaubt, wenn ihr könnt, daß sie dem kleinen Mädchen geliebt wird! Das eine Ehe? Seht mir doch! Ein Hundel, ein Schwärzgeschöpf ist es! Sie, mein Fräulein, werden ein schönes Haus, Regen, Dienerschaft und Schmuck haben! Aber, wie recht und billig, geben Sie dafür Jhre Körper, Jhre Sackstungen, all die Unschicklichkeiten der Liebe. So und nicht anders ist es. Das Geschäft ist gut und die Moral ist gerettet. Doch möchte ich wohl wissen, Du künftige Braut, welcher Unterschied zwischen Dir und der Dirne ist, die sich von einem alten Heuchling erhalten ließ. Ich weiß es: Du verkaufst Dich zur Heirat, und doch brauchst Du das Geld nicht so nötig wie jene. Auch bist Du trotzdem eine ehrliche Frau, und morgen wirst Du eine vornehme Frau sein, weil Du reich bist!“

Andree's Blicke wandern jetzt zu Alfred, der vor dem Altar die vorgeliebten Schritte und Bewegungen macht, die er vorher gemüthlich einstudirt hat, aber die der Schwärzer mit jedem Federhieb ihm der größeren Schärfe wegen vorher noch einmal angieht. Auf das Commando dieses Cerimonienmeisters kniet der junge Gatte nieder, hebt wieder auf, legt sich hin, tritt vor, schreitet zurück, alles das mit gelangweilter Gleichgültigkeit. Dennoch bemerkt Andree, daß er bis jetzt noch nicht gegählet hat, und er fängt weiter:

„Befehrig, das ist ja das reine geistliche Remet, das der arme Junge da empfängt. Das muß ihn doch an die Zeit erinnern, als er Dutzende hatte, eine um so mehr zu erlösenden Abkündigung seiner Gedanken, als er in Balliolens ist. Welche Komödie ist doch diese sog. religiöse Cerimonie! Ich bemerke sehr wohl, wie zwei Gläubige, zwei wahrhaft Gläubige ihre Vereinigung unter dem Schutze des Gottes, den sie anbeten, vollziehen wollen! Nichts ist berechtigter, nichts unangenehmer als das! Aber Jhre, er, der vollständig ungläubig ist, sich über Gott und Teufel hinweg macht, der seit fünfzehn Jahren keinen Fuß in eine Kirche gesetzt hat, der immer irgend einen Dämon über die Pfaffen zu erzählen hat! Da steht er als frommer Katholik, dieser hoch ehrenwerthe Herr! Welch erbärmliches Schauspiel er giebt! Demüthig kniet er die Patena, die der Priester ihm reicht! Ohne eine Miene zu verziehen, hört er der kurzen Rede zu, die ein Mann über die Wichtigkeit und Heiligkeit der Familie hält, der selbst ein Gelübde abgelegt hat, keine

zu haben. Er spielt seine Rolle meisterhaft! Bravo! Die besten Schauspieler sind nicht die auf den Brettern!

Und Miß May! Seht doch nur diesen Engel mit der weißen Flügeln an, der aussteht, als wolle er sich sofort zum Himmel aufschwingen. Und doch erinnere ich mich eines Tages, an dem sie mir sagte, daß sie keinen Mann haben wolle, der in die Messe und zur Besper gehen würde. Auch eine gläubige Seele, die heute eine hübsche Maske vorgenommen hat. Ich möchte wetten, daß sie jetzt an ihre lieben Freundinnen denkt, die ob ihrer schönen Toilette und ihrer schönen Geirath vor Neid bersten möchten.

„Halt! wer sagt denn da auf dem Orgelchor das „Ave Maria“ von Gounod! Wichtig, das ist ja die kleine Hendersen von der Römischen Oper! In der That, ist sie nicht jetzt die „Freundin“ des Barons von Dürkheim? Das fehlt nur noch, um uns daran zu erinnern, daß wir uns im Theater befinden. Ich würde mich schämen, wenn ich Katholik wäre! Die Frömmigkeit der vornehmen Leute! Ein falscher Schmutz, Lüge, Blendwerk! Glücklich das Volk, wo jeder so zu erscheinen mag, wie er ist und sein Verhalten nach seinem Gewissen richten kann! Eine merkwürdige Civilisation, die unserer, wenn man darüber nachdenkt! Glücklich die Weise denkt man nicht oft darüber nach —“

Ein unterdrücktes Schluchzen, das neben ihm hörbar wurde, unterbrach in diesem Augenblick Andree's Betrachtungen. Er wandte sich plötzlich um zu Mutter und Schwester, die hinter ihm im Schatten eines Pfeilers Platz genommen hatten. (Fortsetzung folgt.)

über die Beiträge des Staates für die Schulen und über die Disciplinarstrafen, eine Uebersicht bezüglich des Eisenbahnbaues, billigere Personen- und Gütertarife, billigere Posttarife im Bezirksverkehr, Revision der Bauordnung und der Feuerlöschordnung, nachdrückliche Abhilfe der landwirthschaftlichen Nothlage, directer Bezug der Proviantämter bei den einheimischen Landwirth, Regelung des Wildschadens, Bestellung von landwirthschaftlichen Sachverständigen, Förderung von Creditinstituten mit unkündbaren Annuitäten, Förderung der Genossenschaften durch Capitalien, Altersversicherung, Organisation des Kleingewerbes, Einschränkung der Concurrenz der Strafanstaltsarbeit, mustergültige Arbeiterfürsorge in den Staatsbetrieben, Umgestaltung der Gewerbeinspection und eine neue Gesindeordnung.

Nachdem die Schweizerischen Cantone Baselstadt, Glarus, St. Gallen und Zürich mit Arbeiter- resp. Arbeiterinnenchutzgesetzen vorangegangen sind, welche die Arbeiter betreffen, die nicht unter dem Schutze des Fabrikgesetzes stehen, kommt jetzt nun auch der Canton Waadt mit einem solchen Gesetz. Nach dem bezüglichen Entwurfe der Regierung werden von dem Gesetz die landwirthschaftlichen Arbeiter und die Bureauangestellten ausgenommen. Das Maximum der Arbeitszeit ist auf zwölf Stunden im Tag und sechs Stunden in der Woche angelegt. Die Ruhepausen dürfen dabei nur in Abzug gebracht werden, wenn während derselben der Arbeiter die Möglichkeit hat, den Arbeitsraum zu verlassen. Die Dauer der obligatorischen Mittagsruhe ist im Minimum eine Stunde, die der Nachtruhe mindestens acht Stunden. Die Sonntagsarbeit ist untersagt, doch kann den Ladenangestellten und dem Wirthschaftspersonal auch ein Wochentag als Ruhetag angewiesen werden. Wöchnerinnen dürfen erst 4 Wochen nach der Niederkunft wieder die Arbeit aufnehmen, sie können aber auch 6 Wochen aussetzen. Die Unterrichtszeit von Schülerinnen muß in die Arbeitszeit eingerechnet werden. Kellnerinnen unter 18 Jahren dürfen nur eingestellt werden, wenn sie mit dem Wirthe verwandt sind. Der Lohn muß während der Arbeitszeit im Arbeitslocale und in gesetzlicher Währung ausbezahlt werden. Bußen dürfen nur auf Grund behördlich genehmigter Arbeitsordnungen erhoben und müssen zu Gunsten der Arbeiter verwendet werden; außerdem dürfen sie den vierten Theil des Tagelohnes nicht übersteigen.

Der französische Justizminister hat nach berühmten Mustern einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, den er der Kammer vorlegt. Derselbe bezweckt eine Einschränkung des Coalitionsrechtes oder vielmehr des Ausstandsrechtes. Es handelt sich im großen Ganzen um eine Einschränkung wie diejenige, welche die deutsche Reichsregierung bei der Verathung der gegenwärtigen Gewerbe-Ordnung durch Verabredung des § 153 vorgeschlagen hatte. Nach dem Trarieur'schen Entwurfe wird mit sechs Tagen Geldbuße oder nur zu einer dieser Strafen verurtheilt, wer durch Gewaltthaten, durch Drohungen oder durch trügerische Umtriebe eine verabredete ArbeitsEinstellung herbeiführt oder fortsetzt, herbeizuführen oder fortzusetzen versucht, zu dem Zwecke, die Erhöhung oder Herabsetzung der Löhne zu erzwingen oder das freie Recht der Industrie oder der Arbeit zu beeinträchtigen. Erfolgen diese Handlungen in Folge eines verabredeten Planes, so kann gegen die Schuldigen auf Ortsverweisung von zwei bis fünf Jahren erkannt werden. Der zweite Artikel des Entwurfs bezweckt angeblich, die Fortdauer des Eisenbahnverkehrs gegen Anstände von Angestellten und Arbeitern der Eisenbahn-Unternehmungen zu sichern. Man hat besonders die Sicherung des Eisenbahnverkehrs für den Kriegesfall im Auge. Dieser Artikel, der dem Entwurfe den geläufigsten Namen giebt, soll den ersten, allgemein gehaltenen mit sich tragen. Nach Art. 2 nun wird mit Gefängniß von 6 Tagen bis zu 2 Jahren und Geldbuße von 16 bis 500 Frs. oder nur mit einer dieser Strafen bestraft, wer außer dem im Art. 1 vorgesehenen Fällen eine verabredete ArbeitsEinstellung durch Arbeiter oder Angestellte eines öffentlichen Dienstes herbeiführt oder fortsetzt, herbeizuführen oder fortzusetzen versucht, wenn auf diese Arbeiter oder Angestellte Art. 51 des Gesetzes vom 15. Juli 1889 über die Hereserekrutirung anwendbar ist. In diesem zweiten Falle ist also die Anwendung von Gewalt oder trügerischer Mittel zur Bildung eines Vergehens nicht erforderlich. Wir hoffen, daß der Gesetzentwurf von seinem verdienten Schicksal erreicht, d. h. ohne Sang und Klang begraben werden wird. Würde er Gesetz, so vermöchten die Richter, welche be-

kanntlich mit der Entwicklung des Capitalismus in Bezug auf Auslegungskunst Schritt gehalten haben, jeden Streit durch Unschädlichmachung der Leiter zu vereiteln. Mit Annahme des Entwurfs würde das Coalitions- resp. Ausstandsrecht nicht nur eingeschränkt, wie gesagt wird, sondern einfach aufgehoben. Zu einer solchen Maßregel darf aber selbst die Kammer einer Bourgeoisrepublik heute nicht mehr ihre Zustimmung geben; sie würde dadurch einfach die Weiterexistenz des bisherigen Regimes in Frage stellen.

Das belgische Parlament hat während der letzten Woche die Budgetdebatte fortgesetzt und mehrere Gesetzentwürfe in Erwägung gezogen, von denen die meisten durch unsere Genossen eingebracht worden sind. Genosse Bertrand entwickelte seinen Vorschlag bezüglich der Regelung der Arbeitszeit, der Nacharbeit und des wöchentlichen Ruhetages. Ein ähnlicher Entwurf wurde zwar bereits durch die Mitglieder der Rechten eingebracht, aber dieser beschränkt sich auf die Anerkennung des Princips der staatlichen Intervention und überläßt der Regierung und größtentheils aus Unternehmern zusammengesetzter Organisation die Sorge, die Details zu regeln. Der Entwurf Bert. and's bestimmt die Dauer der Arbeitszeit mit zehn Stunden täglich im Maximum und giebt der Regierung das Recht, die Arbeitszeit für gesundheitschädliche und gefährliche Industrien oder solche, in denen Arbeitslosigkeit seit längerer Zeit herrscht, abzukürzen. Das Gesetz hat selbst für Betriebe Geltung, die nur fünf Arbeiter beschäftigen. Artikel 2 fixirt die Arbeitszeit mit acht Stunden für alle Arbeiter und Beamten der öffentlichen Verwaltung, des Staates, der Provinzen und der Gemeinden. Die Artikel 7 und 8 verbieten die Nacharbeit; ausgenommen sind nur gewisse Industrien mit ununterbrochenem Betriebe. Artikel 10 bestimmt den wöchentlichen Ruhetag. Die Strafen der Uebertretung des Gesetzes sind sehr streng. — Genosse Schindler interpellirte den Minister wegen der Löhne der Steinbrucharbeiter. Seit mehreren Jahren fordern diese einen einheitlichen und vernünftigen Lohnsatz. Wenn ihnen derselbe nicht geboten wird, kommt es sicher zum Streik. Der Minister versprach, die competenten Sectionen des „Rathes für Industrie und Arbeit“ einzuberufen, und zahlreiche Mitglieder der verschiedenen Parteien wollen ihn verpflichten, den Tarif, der gemeinsam durch Unternehmer und Arbeiter festzustellen wäre, für die von der Regierung auszuführenden Arbeiten anzunehmen. — Der Gesetzentwurf über die obligatorische Altersversorgung der Arbeiter wurde eingebracht. — Unsere Genossen forderten ferner die Regierung auf, die Umstände zu prüfen, unter denen sich die Auswanderung der belgischen Arbeiter nach den amerikanischen Republiken vollzieht, sowie die Anwerbung dieser Unglücklichen mit Hilfe falscher Vorpiegelungen durch Auswanderungsagenten. Sie forderten, daß die Regierung auf den großen Dampfmaschinenincognito mitfahren lasse, die ihr über die Art und Weise, wie die Schiffgesellschaften ihre Verbindlichkeiten erfüllen, zu berichten haben. — Man erinnert sich, daß in Folge der Enthüllungen Anseles über die Lage der Arbeiter in den Fabriken von Gent, der Abgeordnete e Lorand eine Enquete forderte. Man hätte glauben sollen, daß alle Welt daria einig wäre, Licht in diese Angelegenheit zu bringen. Der Entwurf wurde in den Ausschüssen berathen und nun haben vier von sechs die Enquete verworfen. Es muß constatirt werden, daß in einem dieser Ausschüsse die „Christlich-Socialen“ beigetragen hatten, die Enquete zum Falle zu bringen, und daß ein „Christlich-Socialer“ als Berichterstatter über die Ablehnung fungirt.

Parteiangelegenheiten.

Von der Agitation. Eine zahlreiche besuchte Schifferversammlung fand am Sonntag in Fürstenberg statt; gegen 400 Personen, meist Schiffer, aus Fürstenberg und Umgegend waren erschienen. Das Referat über das neue Schiffergesetz hielt der Reichstagsabgeordnete Gerisch. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte die Annahme einer Resolution, in welcher die Anwesenden sich mit der Stellungnahme des Referenten in der Commission einverstanden erklärten, und in der sie sich ferner für die Sonntagsruhe aussprachen. — Ueber die Thätigkeit des Reichstags sprach der Reichstagsabgeordnete Wurm vor seinen Wählern in Vangenberg, Kraftsdorf und Ruderndorf, wobei er nicht unterließ, das Umsturzgesetz einer gebührenden Kritik zu unterziehen. — Genosse Schumacher berichtete in Solingen über den Argentinischen Handelsvertrag, wie überhaupt über die gegenwärtige politische Lage. In der gleichen Versammlung fand die Berichterstattung über den Duisburger Parteitag statt, wobei es zu Auseinandersetzungen zwischen den zwei in Solingen herrschenden oder doch geherrschten Strömungen kam. Diese waren aber durchaus friedlichen Charakters, das Verlangen nach Frieden zeigte sich auf beiden Seiten. Genosse Schumacher betonte, daß die getroffene Vereinbarung es den feindlichen Brüdern ermöglichte, nebeneinander und später miteinander zu gehen. Es sei auf beiden

Seiten gefehlt werden und halsstarrige Leute gebe es auch auf beiden Seiten. Es sei nicht möglich, daß die tief eingewurzelte Feindschaft über Nacht verschwinde, aber da die Verständigung aus eigenem Antrieb erfolgt sei, wäre zu erwarten, daß dieselbe zum guten führen würde. Er nehme alles, was er gegen andere Parteigenossen gesagt haben soll oder gesagt habe, zurück, freilich hätte die Gegenpartei dasselbe zu thun. Unter dem Beifall der Versammlung schließt der Redner mit der Versicherung, daß er den Beschlüssen des Rheinischen Parteitages getreu handeln werde. Die Genossen Hoffmann und Lange sprachen ihre Freude über das Entgegenkommen Schumacher's aus, der letztere tritt besonders warm für die „Bergische Arbeiterstimme“ ein.

Aus **W i t t e n** wird gemeldet: Ein glänzender Sieg der hiesigen Partei ist der bereits berichtete Erfolg gegenüber der Münchener Kindl-Brauerei. Bekanntlich hatte die Brauerei uns im vergangenen Herbst plötzlich aus Lugst vor dem Militärverbot ihren großen Saal verweigert. Ein einfacher Hinweis in der Presse auf dieses Vorgehen der Brauerei genügte, um das Solidaritätsgefühl der Genossen in schönster Weise sich bethätigen zu lassen. Und ohne Boykott sank der Bierconsum des genannten Actien-Unternehmens derart, daß sich die Direction veranlaßt sah, den Vertrauensmann wie die Localcommission zu einer Besprechung zu bitten. Diese Besprechung fand gestern statt mit dem Resultat, daß die verweigeren Räumlichkeiten der Partei zu Versammlungszwecken von jetzt ab unbeschränkt zur Verfügung stehen. Das schriftlich formulierte Abkommen hat außerdem Geltung nicht nur für den gegenwärtigen Aufsichtsrath und die Direction, sondern auch für deren eventuelle Rechtsnachfolger. — In einer gestern Abend stattgehabten Versammlung wurde beschlossen, die Maßfeier wie bisher abzuhalten; d. h. ohne Arbeitseinstellung. Am Abend des 1. Mai finden eine Anzahl von Demonstrations-Versammlungen statt. Am ersten darauffolgenden schönen Sonntag ein allgemeines Familienfest im Freien.

Partei-conferenz Für den Wahlkreis Düsseldorf findet am 17. März eine Kreisconferenz in Düsseldorf statt. Die provisorische Tagesordnung lautet: 1. Wahl eines Kreis-Vertrauensmannes; 2. Reichstagskandidatenfrage; 3. Anträge der Delegirten; 4. Verschiedenes.

Die Kreisconferenz des Wahlkreises Viefelsfeld-Wiedenbrück, welche von etwa 60 Personen besucht war, nahm folgenden Antrag an: Der Kreisstag beschließt! Es ist notwendig, daß in allen Orten Vertrauensmänner ernannt werden, welche mit dem Kreis-Vertrauensmann im Verkehr stehen, um die Agitation planmäßig zu betreiben. Der Kreis-Vertrauensmann hat möglichst für Agitationsmaterial zu sorgen, und sind, um dies in ausreichendem Maße beschaffen zu können, Gelder an die Kreisstelle abzuliefern. Der Vertrauensmann wird beauftragt, im Herbst, vor dem Parteitag, die nächste Parteiconferenz einzuberufen.

Die Gewerbegerichtswahl in Pforzheim ergab für die Liste der Besizer aus der Arbeiterschaft einen glänzenden Sieg der socialdemokratischen Partei. Der Vorschlag erhielt 1648 Stimmen, während es die zu einem christlich-socialen Wischmasch verschmolzenen Gegner auf 160 Stimmen brachten.

Aus Baden. Mancher Genosse hat es schon am eigenen Leibe erfahren, wie fatal es für ihn war, daß in einer Versammlung, in welcher er sprach, der überwachende Beamte nicht auf der Höhe seiner Aufgabe stand. Das Gericht schenkte aber kurzweg den Aufzeichnungen des Beamten, so unrichtig sie auch waren, Glauben und begründete daraufhin die Verurtheilung. Nachstehend geben wir aus dem Schatz unserer Versammlungs-Erfahrungen die Aufzeichnungen preis, die sich in einer nentlich stattgefundenen Versammlung ein Polizist machte, wobei wir betonen, daß wir dieselben nicht etwa in einer Waschklosette gefunden, sondern auf einem weit originelleren Wege erhalten haben. Der Redner sprach über die Umsturzvorlage, wozu sich der Beamte folgende Notizen machte: Nobiliting Stöder. Weisengeld. Prügel. Stangen Blut. Arreit 12 Jahre. Freiburg. Nazavener. Todtschlagen. 1890 das Gesetz aufgehoben. Strafgesetz § 110, 111. Umstürzung 115. Aufruhr. Unterdrücken. Heinrich Heine. Teller. 1825. Abel. Wendeln. Großvater. — Klingt das nicht, als hörte man das Publikum eines Zingeltangels einem Improvisator eine Reihe von willkürlich gewählten Worten nennen, damit derselbe seine Verse schmeide? Und wie mag erst der aus diesem Wort-nachher zusammengestellte Bericht an das betreffende Bezirksamt gelaute haben? Hoffentlich werden unsere Vertreter im Reichstage nicht ermanget, auch einmal den Befähigungsnachweis zu verlangen und zwar für Beamte, welche beauftragt sind, politische Versammlungen zu überwachen. Oder vielleicht auch insoweit die badische Regierung des Herrn Wahlministers Eiteloyr das badische Bundesrathsmittglied einen derartigen Antrag im Bundesrath einzubringen. Nach der Einführung von dieser Art Befähigungsnachweis würden jedenfalls weit weniger als seither Vogt und Gerechtigkeit „umgekehrt“ werden!

Arbeiterbewegung.

Achtung, Lichtdrucker! Die Kollegen der Firma Böwy in Wien stehen seit dem 4. März im Ausstand, die Kollegen der Firma M. Jaffe treten am 11. d. Mts. in den Ausstand. Es handelt sich um Arbeitszeit-Verfürzung. Die Firma Böwy hat nun Agenten nach Berlin, Leipzig, Dresden und München geschickt, um Streikbrecher zu werden. Es ist deshalb jeder College (Lichtdrucker) gewarnt, Stellung nach Wien anzunehmen, ebenso darf keine Arbeit aus Wien erledigt werden. Alle Kronenrollen werden um Abdruck gebeten.

Sämmtliche Arbeiter der Diamantschleiferei von Hahn und Co. in Jdar haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Abänderung des Lohnsatzes.

Das vereinbarte Preisverweigerung der Solinger Federmesserreiter mit den Fabricanten liegt nunmehr, 25 Octabseiten umfassend, gedruckt vor.

Die Straßenbahn-Arbeiter Großflums haben den Streik verloren gegeben. Die „Reservarmee“ Arbeiter hat, trotz aller für die Streiker sonst günstigen Umstände, die Niederlage herbeigeführt.

Bergarbeiter. Nach einer Meldung aus Snelde geriet die Grube „Soliel“ bei Coromada in Brand; 21 Bergleute erstickten.

Der Vertrauensmann der Münchener Müller macht bekannt, daß die Forderungen der Müller in der Bäckerkunst nicht bewilligt wurden. Die Forderungen der Arbeiter bestanden aus folgenden bescheidenen Punkten: 1. Die unbedingte Gewährung der freien Koalitions- und Versammlungsrechte für die Arbeiter. 2. Freundliche und humane Behandlung der Arbeiter. 3. Beschränkung der Ueberstunden auf das möglichste Minimum. 4. Eine angemessene Lohnerhöhung, sobald Chauwetter eintritt und das Werk wieder in vollem Betrieb ist. Wesentlich anders verhält es sich mit der Krämerischen Mühle in Giesing. Es ist dies die Mühle, in der sieben Mann gemästelt worden sind; dieselbe, wo der Obermüller erklärte: „Mit Socialdemokraten kann ich nicht arbeiten.“ Dieselbe auch, aus der ein Mann, der schon acht Jahre zur größten Zufriedenheit dort thätig war, der Vater von sechs Kindern ist, einfach und ohne weiteres auf das Pflaster geworfen wurde, noch dazu mitten im Winter.

Ein Congreß der Kupferschmiede Deutschlands findet am 24. bis 28. März in Braunschweig statt. **Münchener Arbeiter** in den Schlenbergwerken von Pittsburg haben die Arbeit eingestellt. Man befürchtet den Ausbruch eines allgemeinen Ausstandes.

Die Stuccaten, Gipsler und verwandten Berufsgruppen in Rheinland und Westfalen berufen eine Conferenz auf den 14. und 15. April nach Eibersfeld ein.

Alle Arbeitervereine Wiens, sieben seit Montag im Streik. Sie verlangen von den Exporteuren und Abnehmern höhere Löhnepreise. In diesem Streik haben Meister und Gesellen zusammen: gewiß ein seltenes Schauspiel. Die Erzeugung der Krugentherapie aus Perennium ist eine besonders schwere Arbeit, und deshalb haben vor kurzer Zeit die Arbeiter, kraft ihrer Organisation eine Forderung durchgesetzt, ebenso die Verhütung von Licht und Werkzeug vom Arbeitgeber erzwungen. Die Meister erklären nun, daß sie gern den Arbeitern die besseren Löhne zahlen, daß sie aber dabei nicht existieren können, wenn sie nicht günstigerer Löhnepreise erzielen. Die Meister erklärten in Folge dessen, solidarisch vorzugehen und zu zweien, gleichzeitig die Arbeiter derselben Branche, welche durch diesen Umstand natürlich arbeitslos geworden sind, um die moralische Unterstützung des Streiks erwerbend. In einer gemeinsamen Versammlung wurde ein Streikcomitee gewählt, bestehend aus Meistern und Arbeitern, welches die Aufgabe hat, in allen Werkstätten zu kontrollieren, ob kein Meister etwa einen Streikbrecher macht. Bisher steht die Sache günstig. Die Anzahl der streikenden Meister ist 30, die der arbeitslosen Arbeiter 150.

Ein großer Ausstand der Schuhfabrikarbeiter von Leizener und Rothkämpfen steht nahe bevor. Es dürften sich an demselben gegen 20000 Arbeiter beteiligen. Die Ursache ist das Vergehen von Arbeitern an Schuhmacher kleinerer Städte, die weit billiger arbeiten, als die Arbeiter der großen Städte. Der Verband hat 20000 Tausend Pfund Sterling zur Verfügung gestellt und glaubt, mit dieser Summe die Unternehmer mit Erfolg bekämpfen zu können.

Sociale Uebersicht.

Die Avarchie der capitalistischen Production wird prächtig beleuchtet durch einen Beschluß der französischen Strohpapier-Fabrikanten. Diese Herren haben sich lobend dahin geäußert, den Betrieb wesentlich um 36 Stunden zu vermindern, und zwar in der ansgewöhnlichen Absicht, eine Erhöhung des Papierpreises herbeizuführen — pour ameliorer l'augmentation de prix du papier. Klarer kann nicht gesagt werden, daß die capitalistische Production nicht das Gemeinwohl, sondern das Parteeinteresse des Produzenten zum Zweck hat. Es steht jenes Vergehen auf gleicher Höhe, wie die Praxis der holländischen Monopolgesellschaft, welche die Gewürze Indiens lieber verbrennt, als sie dem Publikum billig zukommen zu lassen, oder wie die Praxis jener Weinbauern, die in guten Weinjahren mittlere Weinqualitäten wegschütten, nur um den Preis ihres Weines zu erhöhen.

Die Ärzte und die Socialdemokratie. Die Ärztekammern verlangen durch ihren Ausschuß von der Regierung die Erweiterung ihrer Disciplinarbefugnisse. Zu diesem Zwecke hat der Ausschuß an den Cultusminister eine Eingabe gerichtet. In der es u. a. heißt: „Es bringt das Gifft der Socialdemokratie mehr und mehr auch in die Reihen der Ärzte ein. Das in seinen Zielen und manchen seiner Ergebnisse so wohlthätige Krankenversicherungs-Gesetz hat durch einzelne seiner Bestimmungen der Socialdemokratie die wichtigsten Stoffen in die Hände geliefert; durch diese Bestimmungen wird die letztere von Reichs wegen in ihrer Organisation und ihrer Macht gehindert; die eigentlichen beunruhigenden Helfer des Staates, die Ärzte, sind entzweit und wehrlos gemacht. Ein Wunder, daß ein Theil derselben anfangt sich dahin zu neigen, wo die Macht ist. Wie notwendig bei dieser Sachlage eine größere Organisation des ärztlichen Standes wäre, bedarf keiner weiteren Begründung. Diese, so weit unsere Kenntnis reicht, gegenwärtig stehende Frage wieder in Fluss gebracht zu sehen, wie dies auch, in unserem Nachbarstaat Sachsen der Fall ist, war die erste Bitte, die wir im Ausschuß vorlegen wollten.“

Die Herren vom Ausschuß haben ihren Standesgenossen mit dieser Eingabe inder einen recht schlichten Dienst geleistet, denn sie behaupten geradezu, daß ein Theil ihrer Kollegen sich dahin neige, wo die Macht ist, d. h. daß sie Socialdemokraten werden, persönlicher Beihilfe willen. Die in dem ganzen Schicksal liegende Demunciation heißt den „berühmten Diensten (Polizeidiensten?) des Staates“ nicht schlecht an und ist nicht geeignet, die Achtung vor den Ärzten, welche die „ruhigsten Diener“ der Behörden sein sollen, zu heben. Auf die weichen Ursachen der allerdings richtigen Forderung, daß eine immer größere Zahl von Ärzten socialdemokratisch wird, müßte man ein anderes Mal zurückkommen.

Gerichtliches.

Berlin, 8. März. Der Postbeamte Straßke aus Spandau, der dort in der Nacht zum 10. Februar d. J. den Kräfte ausübenden Diebstahl eines Postens Geld beging, wurde heute gegen seine Ueberzeugung durch die zweite Strafkammer des Landgerichts II. Der Landesherr hat sich nicht bekannt. Der Angeklagte war gefällig. Er gab an, daß er seit dem Jahre 1884 Secretär sei und zuletzt in Gehalt von 2500 Mark, jetzt 432 Mark Besoldung

lage bezogen habe. Er sei Vater von drei Kindern. Seine Ehefrau habe 5000 Mark eingebracht, diese Summe sei aber im Laufe der letzten Jahre verwirtheftet worden. Er habe geglaubt, mit seinem Gehalte nicht auskommen zu können und da sei ihm beim Anblick der Geldboxen mit 10,720 Mark Inhalt der unglückliche Gedanke gekommen, sich eine derselben anzueignen. — Postinspector Seberin befandete, daß der Angeklagte keineswegs einen moralisch tadellosen Lebenswandel geführt und besonders in letzterer Zeit viel in Kneipen mit Damenbedienung verkehrt habe. Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Gefängniß und zweijährigen Ehrverlust. Der Angeklagte bat mit störender Stimme, doch zu berücksichtigen, daß er ohnehin hart genug bestraft sei, er habe sein Amt verloren und Schmach und Schande auf sich und seine Familie gehäuft. — Der Gerichtshof war der Ansicht, daß der vorliegende Diebstahl einer der schwersten sei, der ihm je zur Aburtheilung vorgekommen. Ein langjähriger Beamter habe, keineswegs von Noth getrieben, einen Vertrauensbruch begangen, wie er schmähtlicher kaum gedacht werden könne. Eine empfindliche Strafe sei am Plage und diese auf drei Jahre Gefängniß und dreijährigen Ehrverlust bemessen worden.

Die jüdischen Zustände in der Jahrhundert hindurch von den erblühten Kämpfern für Ordnung, Religion und Sitte auf ein immer tieferes Niveau herabgedrückt worden. Die jüdischen Bauern- und Arbeiterbevölkerung sind bekannt und spottet zum Theil ihrer Beschränkung. Wie geistete Proletariat, die dafür nach den Herzenwünschen unserer Frau- und Schöpfung allerdings auch mit Umringelungen drangsalirt werden sollen, an der Verbesserung ihrer ökonomischen Lage und der Hebung ihres Bildungsniveaus arbeiten, da laßt der Völk zum Theil noch seine Unterhaltung im Schlaraffenland und in Beglückung. Ein ganz langsam kann unter diesem Theil des Proletariats die Socialdemokratie dem Menschenthum und der Sittlichkeit Eingang verschaffen. Ein Bild aus dem Leben jüdischer Arbeiter wurde kürzlich vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu Berlin angelegt. Wegen schwerer Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung und mit der Folge des dauernden Siechtums der verletzten Person — nämlich der eigenen Ehefrau — war der polnische Arbeiter Adam Dorszala angeklagt. Der 50jährige Angeklagte wohnte mit seiner 4-jährigen Ehefrau und seinen sechs Kindern im Alter von 24 bis herab zu 12 Jahren in Hammer bei Siebenbralle. Am 27. October und am 4. November hat der Angeklagte seine Frau mit dem starken Stiele einer Kammerfackel geschlagen und wiederholt an die Brust gestoßen. Am 14. Tage später wurde ein Arzt und zwar Dr. Gernich aus Siebenbralle zugezogen. Derselbe fand bei der Frau des Angeklagten den ganzen Brustkorb zusammengebrochen. Das Brustbein war an der Spitze um zwei Zoll auseinandergerissen, drei Rippen auf der rechten Brust brachen sich vom Brustbein und der Brustmuskulatur losgelöst und lagen lose im Innern des Brustkorbes. Die rechte Lungenarterie hatte ein Loch, war aber gänzlich zusammengeklappt und Blut mit Wasser gemischt füllte den Brustkorb. Die Frau schien unrettbar verloren zu sein, in beiden Verände es der Arzt, da sie am nächsten Tage wieder Erwarten, noch leben der Brustkorb wieder zu sitzen. Die Patientin wurde chloroformirt und es gelang, das Brustbein zusammenzufügen. Die Rippen wieder zu befestigen, den Eiter aus Lunge und Brusthöhle auszukurieren, und was über die ärztliche Kunst hinaus ging, das besorgte Natur und Zähigkeit der polnischen Race. Dem konnte die Frau schon vor Gericht erweisen. Sie wird kräftig trotz an Kurzathmigkeit und anderen Beschwerden leiden. Der Angeklagte gab an, seine Frau habe sich herab heruntrennen, sein Ohr gefaßt oder dasselbe zertrümmert und deshalb habe er sie bestraft. Der als Sachverständiger geladene Dr. Gernich und der in Siebenbralle bekannte Gendarm Krüger IX erwarteten folgendes Bild von dem Familienleben des Angeklagten. Derselbe ist heilig und arbeitsam. Seine Frau ist nicht, die älteren Kinder haben mit sich selbst zu thun, der Mann muß daher für alles sorgen. Doch das Summende betrifft er sich, das ihm die Frau die ganze Woche. Die Kinder münden eben. Wir gerade müßten es länger sich und brügel den anderen. Der Mann hat an einem Sonntage für den 14-jährigen Sohn ein Brautgeld von 100 Mark bei einem Krämer 11.20 Mark bezahlt. Der Arzt hat der Frau 10 Mark während der Krankheit bezahlt, sie selbst hat täglich Schmapf genommen und er habe von keinem ärztlichen Standesgenossen wissen müssen, ob sie Schmapf zu trinken, sonst wäre Genuß des Deliriums zu befürchten gewesen. Daß die Frau jetzt hergestellt ist, wäre als ein Wunder betrachtet werden, denn dieses konnte oder auch nur eine solche wunderliche Mann nennen. Anzüglich habe sich die Patientin über die Behandlung des Genußes gefreut, als aber der Gendarm und der Schmapf zu helfen begann, habe sie ihn gebeten, für die Fortsetzung des Genußes zu thun, was in seinen Kräften liege. Die Frau und die Tochter machten dann auch von ihrem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Das Urtheil lautet im Sinne der Anklage und dem Antrag des Staatsanwalts gemäß auf ein Jahr sechs Monate Gefängniß.

Vor dem Schwurgericht in Tarnopol begann Dienstag die Strafverhandlung gegen 26 junge Leute, zum Theil Polen der Sperr-Bildungsanstalt, wegen Verbrechen des Hochverrats, der öffentlichen Aufreizung, der Majestätsbeleidigung und Schandthaten. Der Anklagepunkt lautet: wenn Jüder der Sperr-Bildungsanstalt Diemich, Organisations, Gassen, Jugendlich, sowie die Genußgesellschaften und die Jugend, Mitglieder einer geheimen Verbindung „Organisation“ zur Vorbereitung der jüdischen Unabhängigkeit Polen. Das offizielle polnische Delegationsbureau berichtet darüber: Das Ereignis der Wochen sollte bei diesen unheimlichen Revolutionärsbestrebungen, für welche besonders das Landvolk, die Arbeiterklasse und die Jugend zu gewinnen sein, nicht ungeschicklich sein. Der Schwurband müßte die Stadt Tarnopol, im Jahre 1892, 1893 und 1894 Delegationsangehörig und hat die Revolution in Tarnopol und Tarnopol. Gegen den Tarnopoler Jüden Jüder, der der Schwurband angehört, wurde ein Verdict gegeben. Zwei aus demselben angeklagte Schwurband: wurden überfallen und ergriffen. Die Majestätsbeleidigungen geschahen wiederholt in den Versammlungen des Bundes. In dem Hauptverhandlung

wurden zunächst die acht am stärksten belasteten Angeklagten, junge, ehemalige Gymnasialschüler und Volksschullehrer, Candidaten, verhört. Die Angeklagten leugneten, einem Geheimbunde angehört und Majestäts-Beleidigungen begangen zu haben.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“).

56. Sitzung vom 9. März, 1 Uhr. Die zweite Berathung des Militäretats wird fortgesetzt mit dem Extraordinarium.

Die erste Rate für den Neubau von Magazinengebäuden in Langfuhr wird auf Antrag der Commission Berichterstatter Abg. Groeber (Württemberg, Centr.) gestrichen.

Zur Ausrüstung einer Feldbäckerei-Colonne mit fahrbaren Backöfen und Ausführung kriegsmäßiger Back- und Fahrversuche mit derselben werden statt der geforderten 170,000 nur 150,000 Mk. bewilligt.

Als zweite Rate für den Neubau einer Kaserne für ein Garde-Infanterie-Regiment (Königin-Augusta-Grenadier-Regiment) in Berlin werden statt 800,000 nur 600,000 Mk. bewilligt, nachdem sich Namens der Regierung Generalmajor Jhr. v. Gemmingen damit einverstanden erklärt.

Die Forderung für ein Stabs- und Familien-Wohngebäude für ein Eisenbahn-Regiment in Berlin wird gestrichen; ebenso die Forderungen für eine Garnison-Waschanstalt in Berlin und für ein Commandanturgebäude in Arnsh.

Für den Neubau eines Stabs- und Kammergebäude in Tilsit werden statt 58,000 nur 54,785 Mk. bewilligt.

Abgelehnt wird die Forderung für eine Artillerie-Kaserne in Brandenburg a. S.

Die Forderung für den Neubau einer Cavallerie-Kaserne in Halberstadt beantragt die Commission zu streichen.

Abg. Rimpau (natl.) beantragt die Forderung zu bewilligen.

Generalmajor Jhr. v. Gemmingen bittet letzteren Antrag anzunehmen, um die in der Garnison Halberstadt, wo 3 Escadrons noch in Privatquartieren untergebracht seien, herrschenden Uebelstände abzustellen.

Abg. Richter (frei. Volksp.) befürwortet den Commissionsantrag.

Der Antrag Rimpau wird darauf abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen.

Für eine Cavalleriekaserne in Torgau werden als erste Rate 150,000 Mk. gefordert. Die Commission beantragt diese Forderung zu streichen.

Die Abgg. von Massow, von Leipziger und von Piesch (natl.) beantragen die Forderung zu bewilligen.

Generalmajor Jhr. v. Gemmingen bittet letzteren Antrag anzunehmen. Die Verlegung des Cavallerieregiments von Merseburg bezw. Weissenfels nach Torgau empfehle sich, da in Torgau sich günstig Terrain erwerben lasse, während in der bisherigen Garnison die Exercirplätze nur nothdürftig noch ausreichen. Im nächsten Jahre würde die Militärverwaltung wahrscheinlich mit einer höheren Forderung an das Haus herantreten müssen.

Abg. v. Massow (congl.) bittet seinen Antrag anzunehmen, da sich nie wieder eine so günstige Gelegenheit zur Unterbringung des Husarenregiments Nr. 12 bieten würde.

Abg. Günther-Raumburg (natl.) kann die Nothwendigkeit zu einer Verlegung des Husaren-Regiments von Merseburg und Weissenfels nicht anerkennen und bittet den Commissionsantrag anzunehmen.

Generalmajor Jhr. v. Gemmingen erwidert, die Nothwendigkeit der Verlegung ergebe sich daraus, daß die Mannschaften in Merseburg und Weissenfels schlecht untergebracht seien, während neues Terrain in beiden Städten nur zu sehr hohen Preisen zu haben sein würde. In Torgau sei dagegen das erforderliche Terrain der Militärverwaltung außerordentlich billig angeboten worden.

Abg. Richter-Merseburg (frei. Volksp.) bittet trotzdem, es bei dem Commissionsantrage zu belassen.

Abg. Dr. Lieber (Centr.) erklärt, er werde nach den heute gegebenen Aufklärungen mit einem Theil seiner Freunde für die Forderung stimmen.

Abg. Richter kann nicht einsehen, weshalb mit einem Rate jetzt das Terrain um Merseburg und Weissenfels so ungeeignet sein solle und bittet es bei dem Commissionsantrage zu belassen.

Der Antrag Rimpau wird darauf abgelehnt, der Commissionsantrag angenommen.

Gestrichen werden die Forderungen für eine Garnison-Waschanstalt in Posen, für eine Artillerie-Kaserne in Schweidnitz, für eine Garnison. (Simultan-) Kirche in Düsseldorf, für eine Trainkaserne in Rendsburg, für eine Infanterie-Kaserne in Blankenburg a. S., für eine Militär-Arrestanstalt in Celle, für ein Gebäude für das Bezirkscommando in Rienenburg und für eine Train-Kaserne in Darmstadt.

Die Forderung für den Neubau einer Infanterie-Kaserne für zwei Bataillone in Worms beantragt die Commission abzulehnen.

Abg. Hepl zu Herrnsheim (natl.) beantragt die Forderung zu bewilligen, aber nur in Höhe von 400,000 Mk. an Stelle der geforderten 680,000 Mk.

Abg. Dr. Hammer (natl.) beantragt, um eine genaue Prüfung der Angelegenheit herbeiführen zu können, die Position an die Budgetcommission zurückzuverweisen.

Abg. Richter will gegen letzteren Antrag nichts einwenden, obwohl nach seiner Ansicht die Angelegenheit genügend geklärt sei, um die Forderung sofort abzulehnen.

(Weiterer Reichstag siehe Beilage.)

Responsible Redacteur: E. Kestler; — Redaction: Neue Staupenstraße 56; — für den Inserattheil: E. Jahn; — Expedition: Neue Staupenstraße 56; — Verlag von D. Schöb & Co.; — Druck von Th. Schöb; — sammtlich in Breslau.

Siehe eine Beilage.

(Fortsetzung von Seite 4.)

Geschehe dies nicht, so würde wahrscheinlich im nächsten Jahre eine Forderung zur Unterbringung von zwei Bataillonen kommen, welche die von dort nach Worms verlegten Bataillone ersetzen sollten.

Generalmajor Zehr. v. Gemmingen erklärt letztere Befürchtung für durchaus unbegründet.

Die Position wird darauf an die Budget-Commission zurückverwiesen.

Die Forderung für eine Artillerie-Kaserne in Thorn wird abgelehnt.

Für den Neubau von Dienst- u. Gebäuden auf dem Schießplatz in Walm werden statt 224,000 nur 100,000 Mark bewilligt.

Bei der Forderung für die Vergrößerung des Schießplatzes Looftedt zu einem Truppenübungsplatz für das 9. Armeecorps beantragt.

Abg. Graf zu Inn- und Rupphausen (conf.) Zurückweisung der Forderung an die Commission, um die näheren Umstände, durch die sie motiviert werde, noch einmal gründlich zu prüfen.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf befürwortet gerade diese Forderung recht dringend im Interesse der besseren Ausbildung der Truppen des neunten Armeecorps, das jetzt seine größeren Übungen entweder in der Provinz Hannover oder in Mecklenburg halten müsse. Dadurch würden die Landestheile aber arg in Mitleidenhaftigkeit gezogen. Mindestens bitte er aber die nochmalige Commissionsberatung zu beschließen.

Abg. Richter kann den Grund zu einer solchen gerade bei dieser Forderung nicht anerkennen. Was der Kriegsminister heute vorgebracht habe, sei auch schon in der Commission angeführt worden. Er bitte, es bei dem Antrage der Budgetcommission zu belassen, also die Forderung zu streichen.

Die Forderung wird an die Commission zurückverwiesen.

Die Forderungen für Erweiterung der Barackenlager bei Arns, Seme, Munster werden statt in Höhe der geforderten 455,000 bzw. 570,060 bzw. 460,000 Mark nur in Höhe von 300,000 bzw. 200,000 bzw. 400,000 Mark bewilligt. Die Forderung für den Neubau eines Cadettenhauses in Nauenburg wird von 500,000 auf 45,500 Mark reducirt, die für das Cadettenhaus in Wahlstatt von 118,000 Mark auf 102,600 Mark, die für das Cadettenhaus in Dranienstein von 46,500 auf 26,000 Mark.

Eine Forderung zur Errichtung von Arbeiterwohnungen in Spandau beantragt die Commission zu bewilligen.

Abg. Schall (conf.) begrüßt es, daß die Regierung diese Forderung eingestellt habe, und hofft, sie werde auf dem betretenen Wege weiter fortschreiten.

Abg. Singer (Socialdem.) erklärt sich gegen die Forderung. Die geplanten Arbeiterwohnungen hätten zu kleine Räume, die Preise, welche die Arbeiter dafür bezahlen müßten, seien zu hoch und die Lage zu entfernt von der Stadt. Principiell sei er aber auch dagegen, weil die Arbeiter, die eine solche Wohnung bezögen, in ein zu großes Abhängigkeitsverhältnis gelangten. Er bitte bei dieser Gelegenheit um Abstellung des in der Geshüßgezerrei in Spandau bestehenden Mißstandes, daß in dem Gzraum der Arbeiter gleichzeitig die Garderobe untergebracht sei. Das sei gesundheitswidrig.

Kriegsminister Bronsart von Schellendorf erklärt, es liege der Militärverwaltung durchaus fern, die Arbeiter in ihrer wirtschaftlichen oder politischen Selbstständigkeit zu beschränken. Da aber die Arbeiter der Militärverwaltungen an bestimmte Termine gebunden seien, so müsse sich die Verwaltung einen Stamm von Arbeitern sichern, die nicht auf Weisung von außen die Arbeit einstellen und die Militärverwaltung dadurch in große Verlegenheit brächten.

Abg. P a c h n i c k e (freis. Vg.) glaubt, daß die Arbeiterwohnungen bei der großen Mehrzahl der Arbeiter nur wenig beliebt seien.

Abg. Singer erwidert dem Kriegsminister, daß der Streik keineswegs eine socialdemokratische Einrichtung sei, also auch einer politischen Partei nicht in die Schuhe geschoben werden könne. Wollte der Kriegsminister keine Socialdemokraten mehr beschäftigen, so werde er wohl die Werkstätten sämtlich zuschließen können.

Die Forderung wird bewilligt.

Die Forderung für eine Infanteriekaserne in Straßburg i. E. wird auf Antrag des Abg. Richter an die Budgetcommission zurückverwiesen.

Die erste Rate für den Neubau eines Generalcommando-Dienstgebäudes für das 16. Armeecorps in Metz in Höhe von 14,000 Mark wird dem Antrage der Commission entsprechend abgelehnt.

Die im Etat für Sachsen seitens der Commission vorgeschlagenen Abstriche werden durchweg debattelos genehmigt.

Im folgenden Etat für Württemberg werden zur Erwerbung eines Truppenübungsplatzes für das 13. Armeecorps sowie zur Ausführung der nöthigen Bauten 9 Millionen Mark gefordert. Die Commission beantragt zur Erwerbung eines Gesechtsschießplatzes und zwar nur für den Grunderwerb nur 5 Millionen Mark zu bewilligen. Dieser Antrag wird ohne Discussion angenommen.

Der Rest des Extraordinariums wird debattelos nach den Beschlüssen der Commission bewilligt. Ebenso die Einnahmen. Der Militäretat ist damit bis auf die an die Commission zurückverwiesenen Titel erledigt.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr (Resolutionen zum Militäretat, Postetat). Schluß 5 Uhr.

* * *

Die Reichstags-Commission für die „Ansturzvorlage“ ging heute zur Berathung des Artikel II der Novelle über, der eine Abänderung des Militär-Strafgesetzbuchs bezweckt.

Paragraph 42 des bestehenden Gesetzes hat folgenden Wortlaut:

„Wird gegen eine Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung auf Zuchthaus, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter erkannt, so treten diejenigen militärischen Ehrenstrafen auf welche bei einer solchen Beurteilung nach den Bestimmungen der §§ 30—40 erkannt werden muß, von Rechts wegen ein. Erfolgt die Beurteilung einer Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung wegen einer strafbaren Handlung der im § 37 Absatz 2 Nr. 2 bezeichneten Art, so kann ein besonderes Verfahren des Militärgerichts zur Entscheidung darüber angeordnet werden, ob auf Dienstentlassung oder auf Degradation zu erkennen ist.“

Die Regierung schlägt nun für § 42 folgende neue Fassung vor:

„Wird gegen eine Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung wegen einer in dem Strafgesetzbuch für das deutsche Reich Theil II Abschnitt 6 (Widerstand gegen die Staatsgewalt) oder Abschnitt 7 (Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung) vorgesehenen strafbaren Handlung auf Gefängniß von mehr als sechs Wochen erkannt oder erfolgt die Beurteilung einer Person des Beurlaubtenstandes während der Beurlaubung wegen einer strafbaren Handlung der im § 37 Absatz 2 Nr. 2 bezeichneten Art, so kann ein besonderes Verfahren des Militärgerichts zur Entscheidung darüber angeordnet werden, ob auf Dienstentlassung oder Degradation zu erkennen ist.“

Abg. Dr. v. Buchta (dc.) beantragt hierzu folgende Verschärfungen der Vorlage:

1. hinter den Worten „Theil II“ einzuschalten die Worte „Abschnitt 1 (Hochverrath und Landesverrath), Abschnitt 2 (Beleidigung des Landesherrn), Abschnitt 3 (Beleidigung von Bundesfürsten)“;
2. hinter den Worten „der im § 37 Absatz 2 Nr. 2 bezeichneten Art“ einzuschalten die Worte „oder auf Grund der Nummern 3, 4, 5, 7 oder 8 des § 361 des Strafgesetzbuchs“;
3. hinter den Worten „auf Gefängniß“ einzuschalten die Worte „oder Festungshaft.“

Generalauditeur J t e n b a c h begründet die Regierungsvorlage. Der bestehende § 42 des Militärstrafgesetzbuchs genüge der militärischen Disciplin in keiner Weise. Unter Umständen sei es dringend wünschenswerth, daß ein Offizier oder Unteroffizier aus seiner militärischen Stellung entfernt werde. Die Regierungsvorlage gehe in dieser Hinsicht, wie er zugeben müsse, nicht weit genug, und deshalb begrüße die Regierung den Antrag Buchta mit Freuden. Redner erwähnt eines Falles, wo ein Unteroffizier der Reserve, welcher zu einer militärischen Uebung eingeladen worden sollte, als unverbesserlicher Landstreicher und Säuer schließlich im Arbeitshause gefunden wurde; solche Elemente seien doch als militärische Vorgeleitete nicht mehr zu gebrauchen.

Abg. v. Buchta hält es für besonders dringend erforderlich, daß die Zulässigkeit des militärischen Nachverfahrens auf die Fälle des Hochverraths, Landesverraths, der Beleidigung des Landesherrn oder eines Bundesfürsten ausgedehnt werde.

Abg. B e d e l (Soc.) constatirt, daß die Regierungsvorlage in Verbindung mit dem Antrage Buchta eine geradezu unerhörte Erweiterung der Militärjustiz auf im Civilverhältnis begangene strafbare Handlungen bezwecke. Offenbar wolle man damit für die abgeleiteten §§ 112, 126, 129a der Vorlage Ersatz schaffen. Jeder Freund der bürgerlichen Freiheit müsse sich gegen solche Erweiterung der Militärjustiz erklären, die schon jetzt gegen politisch mißliebige Personen in rigorosster Weise vorgehen vermöge. Redner verweist diesbezüglich auf die bereits im Plenum besprochenen Fälle Oppenheim und Wendtland. Man wolle mit der Vorlage nicht die strafbaren Handlungen selbst, sondern die Personen treffen, welche sie begehen, und da werde gegen solche Personen mit größter Strenge vorgegangen werden, die der Socialdemokratie anhängen. Den zur Discussion stehende Artikel II trage die ganze Vorlage, durchaus den Charakter eines Ausnahmegesetzes. Eine solche Stärkung der Ausnahmestellung der Militärjustiz müsse die Kluft zwischen Bürgerthum und Militarismus noch mehr erweitern. Redner erwähnt die Möglichkeiten, auf welche der Antrag Buchta Anwendung finden könnte, falls er Gesetz würde. So könne z. B. der Redacteur eines freisinnigen Blattes im Falle der gerichtlichen Bestrafung wegen abfälliger Kritik von militärischen Einrichtungen, noch nachträglich von der im § 42 ausgesprochenen militärischen Ehrenerklärung getroffen werden. Ferner sei zu bedenken, wie leicht heutzutage ein aus dem activen Dienste entlassener Unteroffizier in Folge Arbeitslosigkeit zum sogenannten Landstreicher und deswegen bestraft werden könne. Ihm selbst sei es im Jahre 1882 passiert, daß er in Folge einer Anklage wegen politischer Vergehen als „unterstandlos“ in Haft gebracht wurde, obwohl er, aus Leipzig ausgewiesen, für sein Geschäft reiste und einen festen Wohnsitz nicht haben konnte. Der Paragraph der Regierungsvorlage, sowie der Antrag Buchta rechnen mit einer Anzahl von strafbaren Handlungen und Verurtheilungen politischer Natur, welche in der bürgerlichen Welt durchaus nicht als unehrenhaft gelten, und nun wolle man der Militärjustiz die Befugniß einräumen, solche Verurtheilte im Nachverfahren zu degradiren, d. h. nach militärischem Begriffe geradezu zu entehren.

Abg. S p a h n (Centr.) erklärt die Geneigtheit seiner Partei, dem Vorschlage der Regierung zuzustimmen. Der Antrag Buchta gehe zu weit und führe zu Conflicten zwischen

Im bunten Rock.

(Fortsetzung.)

Bevor ich jedoch in der Schilderung meiner Erlebnisse fortfahre, muß ich erwähnen, daß jene meinem Unmuth entsprungenen Worte, die ich an meinem Leidensgenossen richtete, etwa fünf Wochen später von einem „Kameraden“ dem Feldwebel hinterbracht wurden, wofür mir eine Anklage, wenn ich nicht irre, wegen Meuterei aufgeladen wurde. Schließlich wurde ich dieser Sache wegen standgerichtlich zu vier Wochen Militärarrest abgeurtheilt „wegen Anstiftung zum Ungehorsam“. Schlimmsten Falles war es doch nur ein „Versuch“.

Da sieht man's, wohin es führt, wenn man sich gegenüber den fortgesetzten Provocationen einmal gehen läßt.

Doch nun jenes Exercitium. Dem Sergeanten waren die Commandos verzweifelt gelangig. Immerfort Lauffschritt, auf die Erde werfen, wieder aufspringen und weiter rasen. Meine beiden Ahtpfändigen drückten scheußlich. Und dabei 30 und etliche Stab Reanmur! Die wahnsinnige Jagd strengte mich an. Meinem Nachbar raunte ich ins Ohr, daß ich mich unmöglich fühle; er war so freundlich, mir einige Male beim Aufstehen behilflich zu sein. Da war es 1 Uhr. Die Compagnie hatte sich versammelt und war formirt. Wir fünf wurden sofort einrangirt. Die Compagnie

wurde gliederweise auseinandergezogen und von je einem Unteroffizier vorgenommen. Ich, linker Flügelmann der Compagnie, hatte mit meinen übrigen Kameraden vom ersten Gliede des dritten Zuges meinen lieben alten Freund, den inzwischen zum Sergeanten aufgerückten Monsieur R. inede als Exerciermeister bekommen.

Na, nun sei der Allmächtige mir gnädig, dachte ich. Und wirklich, Freund Reinede machte seinem Ruf alle Ehre. Der Tausend, wie der Mensch mit den Commandos fertig werden konnte. Und nun rannten auch noch die dummen Rekruten, die in meinem Zuge zahlreich vertreten waren, wie die Besessenen darauf los, wenn der Mensch „Lauffschritt“ commandirte.

Das war für mich, der ich ohnedies unwohl war, zu viel. Es dauerte dann auch jedesmal nur einige Minuten, — und ich befand mich einige Kasenlängen hinter dem Gliede, anstatt in demselben. Das Glied mußte halten und auf mich warten. Dann ging die Geschichte wieder von Neuem los.

So mochte der Spektakel etwa 20—25 Minuten vor sich gegangen sein, da wurde es mir grün und gelb vor den Augen, Schwindel kam, und parschau, da lag ich ohnmächtig an der Erde.

Der schneidige Herr Hauptmann, der an den Glanzleistungen seiner Unteroffiziere seine helle Freude zu haben schien, schickte mit einem von diesen seinen Getreuen, der mich auf die Beine stellen und zunächst nach der Kasernenwache bringen mußte. Hier legte ich mein Gepäck mit den beiden Ahtpfändigen ab, und

soann mußte ich die Suche nach einem Arzt antreten, natürlich in Begleitung eines Unteroffiziers.

Der Arzt ordnete nach einer flüchtigen Untersuchung an, daß ich mich zu Bett legen sollte.

Um drei Uhr erschien der Arzt wiederum bei mir in Begleitung meines Corporalschäfersführers — meine Compagnie stand schon wieder zu einem Appell angetreten. Jetzt wurde ich einer sehr eingehenden und gewissenhaften Untersuchung unterzogen, das einzige Mal, daß ich bezüglich der Grundlichkeit einer militärärztlichen Untersuchung meine Zufriedenheit bekunden kann. Der Arzt sollte ja auch finden, daß ich vollständig gesund und nicht krank sei. Das Resultat war: „Es ist gut, legen Sie sich wieder zu Bett.“ Um 6 Uhr rückte meine Compagnie mit dem Bataillon zu einer Nachübung aus, ich blieb zu Bett liegen. Das that mir wohl! — — —

Am andern Tage war ich wieder vollständig mobil. Wer beschreibt aber mein Erstaunen, als mir auf dem Exercitplatz mein lieber Herr Hauptmann plötzlich eröffnet, daß er wegen des gestrigen Schlappwerdens Thaterbericht gegen mich eingereicht habe, und daß ich dieserhalb in den Untersuchungsarrest wandern sollte. In der That: vom Fleck weg wurde ich abgeführt.

Ich war erschrocken, denn von der Gerechtigkeit der preussischen Militärgerichtsbarkeit hatte ich aus naheliegenden Gründen eine verzweifelt geringe Meinung. Aber dann dachte ich wieder, daß selbst der

der Militärjustiz und der bürgerlichen Strafrechtspflege. Zumindest müsse aus diesem Antrage die Bezugnahme auf Festungshaft wegfallen. Redner erwähnt, wie häufig in Preußen mit der Ziffer 7 des § 361 Strafgesetzb. (Ausschluss von der Armenpflege wegen Arbeitsfurchen) von den Behörden Mißbrauch getrieben werde. Wenn man jemand von der Armenpflege ausschließen wolle, beschuldige man ihn grundlos der Arbeitsfurchen und damit sei dann die Möglichkeit einer Verurteilung und nach dem Antrage Buchka diejenige des militärischen Nachverfahrens gegeben. Dem Antrage Buchka könne man nur zustimmen, wenn wenigstens die Ueberweisung an die Landes-Polizeibehörde berücksichtigt und als Vorbedingung für das militärische Nachverfahren mit angeführt werde.

Abg. Dr. Barth (freis. Vg.) findet keinen großen Unterschied zwischen dem Paragraphen der Regierungsvorlage und dem Antrage Buchka, soweit sie eine Gefahr für polizeiliche Vergehen in sich bergen. Man dürfe nicht übersehen, daß beide Vorschläge keinen Zwang zum ehrengerichtlichen Nachverfahren für die Militärbehörden aussprechen, sondern ein solches in das freie Ermessen dieser Behörden stellen. Auch wenn die Militärbehörde ein Verfahren einleite, habe doch erst das Militärgericht über die beantragte Degradation zu erkennen. Das sei eine zumeist gehende discretionäre Gewalt, die gerade politisch unbequemen Leuten höchst gefährlich werden könne. Redner beantragt, für den Fall der Annahme des Antrages Buchka, an Stelle „Gefängnis von mehr als sechs Wochen“, „Gefängnisstrafe von mehr als drei Monaten“ zu setzen, eine solche Bestimmung sei analog dem § 32 des Strafgesetzbuches, der eine gleiche Strafe als Grundlage für die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte festsetzt.

Generalauditeur Siffenbach bemerkt, das Nachstrafverfahren spiele sich in den Formen des Militärstrafverfahrens ab und er müsse für dasselbe das gleiche Vertrauen, wie für den Militärstrafproceß selbst in Anspruch nehmen. Man dürfe auf die Gewissenhaftigkeit der militärischen Richter bauen. Gerade weil die Vorlage so wesentlich eingeschränkt sei, könne man den § 42 entsprechend dem Antrage Buchka der militärischen Disziplin anpassen. Der Antrag Barth sei mit dem System der Militärstrafgesetzgebung unvereinbar.

Abg. v. Hammerstein (cons.) rüchert dieser Auffassung bei, mit der Begründung, daß die Militärbehörde von den neuen Befugnissen schon deswegen keinen allzustrengen Gebrauch machen werde, weil sie an einer Verminderung des Offizier- und Unteroffizier-Materials kein Interesse habe.

Abg. Sebel beharrt dabei, daß der Paragraph sich gegen politisch mißliebige Parteien bzw. Personen richte. Redner erinnert an den Fall Gradnauer: er behauptet, daß die Mehrheit der bürgerlichen Elemente nicht die vertrauensvolle Auffassung des General-Auditeurs Siffenbach betreffs der Militärjustiz habe und daß dessen beruhigende Erklärungen darin auch nichts ändern werden.

General-Auditeur Siffenbach protestirt gegen diese Auffassung und versichert, es liege der Militärjustiz vollständig fern, einseitig gegen politisch mißliebige vorzugehen, sie sehe überhaupt der Politik vollständig fern.

geriebenste Auditeur nicht so ohne Weiteres meine Unschuld würde in Schuld verwandeln können.

Der Auditeur erschien, ich glaube, schon am dritten Tage. Er klärte mir zunächst die Situation auf, und die lag so: Die Anklage lautete auf „Gehorsams-Verweigerung vor verammelter Mannschaft und unter dem Gewehr“. Sache der Untersuchung war, mir zu beweisen, daß ich, als ich auf die Erde fiel, gesund und nicht krank war. War ich gesund, dann drückte sich in meiner Handlung ein Trost aus, mich dem anbefohlenen Dienst zu entziehen, und das war dann das genannte Delict mit dem langen Namen. War ich wirklich krank, so mußte ich natürlich straffrei ausgehen.

Nun kam das hochnothpeinliche Verhör. Sei es damit verheißt! Tags darauf wurde ich bereits aus meiner Gefangenschaft erlöst, — die Untersuchung aber nahm ihren Gang weiter. Einige Zeit später war wiederum Verhör, zu welchem der Hauptmann, der Arzt, ich glaube sämtliche Offiziere der Compagnie und einige „Gemeine“ als Zeugen erschienen, unter den letzteren auch der gummüßige Kamerad, der mich bereits bei dem Specialbism unterstützt hatte.

Hauptmann und Unteroffiziere sagten natürlich einmüßig: Ja, der Schüler, dieser Hanskopf, hat recht simulirt, der hat eine so eiserne Constitution, der kann gar nicht ohnmächtig werden. So ganz unwahrscheinlich erschien übrigens dem Herrn Auditeur, der sich sonst in jeder Beziehung correct und vornehm gegen mich benommen hat, eine Simulation auch nicht. Er meinte nämlich zu mir: „Zuputramen ist Ihnen dergleichen wohl, denn durch Ihre Beschwerdeführung haben Sie bewiesen, daß Sie ein Muster von Pertinazität sind. Wegen einer so geringfügigen Sache haben Sie eine halbe Armee in Bewegung gesetzt.“

Nachdem dieses zweite Verhör überstanden war, glaubte ich nunmehr, noch ein ein Schicksal zu unterwerfen und alsdann nach Abfertigung vor ein Kriegsgericht geschickt zu werden. Allein das Verhör wurde eingestrichelt. Doch was geschah nun?

(Schluß folgt.)

geh. Rath Sedendorff schließt sich diesem Protest vollinhaltlich an.

Abg. Dr. Rintelen (Ctr.) erklärt Namens seiner Partei, in der ersten Lesung für den Antrag Buchka stimmen zu wollen, unter der Voraussetzung, daß das Mandement Broekmann zu Alinea 2 angenommen wird, welches lautet: „und ist in ähnlichen Fällen auf die Ueberweisung an die Landes-Polizeibehörde erkannt.“ Die nunmehr vorgenommene Abstimmung ist eine durchweg eventuelle. Sie ergibt die folgenden Resultate:

Antrag Buchka Ziffer 1 mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen.

Antrag Buchka Ziffer 3 mit 13 gegen 10 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Barth wird mit 12 gegen 11 Stimmen abgelehnt.

Antrag Buchka Ziffer 2 wird mit dem Unterantrag Broekmann mit 14 gegen 9 Stimmen angenommen. Der so gestaltete ganze Antrag Buchka gelangt nunmehr mit 16 Stimmen zur Annahme und endlich auch der § 42 der Regierungsvorlage mit 17 gegen 6 Stimmen.

Locales.

Breslau, den 11. März 1895.

* Eine gut besuchte Protestversammlung geben die Tabaksteuervorlage fand Sonntag Vormittag hier selbst im „Kronprinzen“ statt. Nach einem zweihündigen, sehr sachlich gehaltenen und eingehendem Ref. rat des Genossen Bruhns, welches mit großem Beifall aufgenommen wurde, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, welche sich scharf gegen die Tabaksteuer wie gegen das System der indirecten Steuern überhaupt ausspricht. Näherer Bericht folgt in der nächsten Nummer.

* Gegen die Tabaksteuer. Der Verein der Cigarren- und Cigarettenhändler hielt Donnerstag im Vereinslocale bei Pasche eine Versammlung ab zur Stellungnahme zum Tabaksteuergesetz. Es wurde beschlossen, nachstehende Resolution an den deutschen Reichstag zu senden: „Wir erachten jede weitere Belastung durch die Tabakfabriksteuer, sowie auch jede Zollerhöhung auf Tabak als unvereinbar mit dem Gedeihen unserer Branche. Wir sehen darin vielmehr den Keim zum Ruin dieses zur Zeit hoch entwickelten Gewerbes und sprechen in Anbetracht unserer erfahrenen Cräfte dringend die Erwartung aus: der Höhe Reichstag werde jeder Mehrbelastung der Tabakbranche seine Zustimmung verweigern.“

* Zur Lage der Eisenbahnarbeiter. Von gut unterrichteter Seite wird dem „Vorwärts“ über die Verdienste der Bahnarbeiter in Breslau geschrieben: Der Tagelohn der Breslauer Bahnarbeiter beträgt 1,60 Mark bis 2,20 Mark aufwärts; der letztere Verdienst wird jedoch erst nach vielen Dienstjahren erreicht. Nach Abzug der Beiträge für Invaliditäts-, Alters- und Krankenkasse verbleibt noch 1,47 Mark. Fast sämtliche Arbeiter sind Familienväter mit drei, vier und noch mehr Kindern, so daß sie gezwungen sind, eine Wohnung, bestehend aus mindestens Stube und Kammer zu mieten. Eine solche Wohnung kostet 120 bis 180 Mk. jährlich, so daß 40—50 Pf. pro Tag allein für Miete zurückgelegt werden muß. Nach allem bleibt schließlich noch 1 Mk. pro Tag für die Lebensbedürfnisse der Familie. Für Arbeiter, die etwas über diesen Minimallohn hinarbeiten, wird das traurige Bild nur um ein geringes heiterer. Durch die eingeführte Accordarbeit werden die Arbeiter so schlecht gestellt, daß selbst diejenigen, welche schon gegen 20 Jahre im Bahndienst stehen und es auf 2,20 Mk. Tagelohn gebracht hatten, jetzt um 25 pCt. weniger verdienen. Die Zukunft sagt leider nichts, in welchem Verhältnisse zu diesem Jammerlohn die Arbeiter sich befinden. In zahlreichen Fällen konnten wir indes schon nachweisen, welche niedrigen Anforderungen in dieser Beziehung an die Arbeiter in den hiesigen „Reparaturstätten“ gestellt werden. Erst vor kurzem wieder machte ein Reichensfelder, der durch Fahrlässigkeit einen Zusammenstoß auf dem Bahnhof Weisengels herbeigeführt haben sollte, vor Gericht geltend, daß er sieben Nächte hinter einander 18 Stunden Dienst gethan habe. Bei einer derartigen Ueberanstrengung der Kräfte kann es allerdings nicht Wunder nehmen, wenn Unglücksfälle herbeigeführt werden. Daß die Leistung des einzelnen Eisenbahn-Behördlichen in den letzten zehn Jahren erheblich höhere geworden, d. h. mit anderen Worten, daß die Zahl derselben im Verhältnis zu der vermehrten Arbeit heute eine geringere ist, hat kürzlich mit vielen Stolz die „Kölnische Correspondenz“ nachgewiesen. Die Kosten dieser Sparten bezahle, wie aus obigen ersichtlich, einmal die Arbeiter, mit ihrem Knochen und die

* Project gegen die Stadtgemeinde. In dem Project des Reichs Rathes über die Stadtgemeinden Breslau wegen der Einführung der Ab-

wässer aus der Scheitniger Schweigerei in Breslau auf dem Obelschen Terrain befindlichen Deichgraben hat das hiesige Oberlandesgericht heute, nachdem die geladenen Sachverständigen Professor Dr. Flügge und Director des städtischen chemischen Untersuchungsamts Dr. Fischer die Erklärung abgegeben, daß die Abwässer wenn sie in den Graben einfließen, so weit gereinigt seien, daß irgend eine Belästigung oder sanitäre Gefährdung nicht erweislich sei, auf Abweisung der Klage erkannt.

* Ein Verein königstreuer Arbeiter, das ist das Neueste, was uns in Breslau bescheert werden soll. Kein geringeres Organ als die „Schlesische Morgenzeitung“ ist in der Lage, der Öffentlichkeit von der nahe bevorstehenden Geburt eines derartigen Vereins Kunde zu geben. Das Blatt weiß außerdem mitzutheilen, daß es Aufgabe des „Vereins königstreuer Arbeiter“ sein soll, „das Loos der Arbeiter auf geistlichem Wege zu verbessern, ohne dieselben der Revolution entgegenzuführen.“ — Was man mit solchen Gründungen bezweckt, dürfte für jeden denkenden Arbeiter klar sein. Die Arbeiter sollen über ihre wirkliche Klassenlage hinwegtäuscht und zu gefügigen Werkzeugen muckerischer dunkelmännlicher Gemächte werden. Sie werden sich hierfür bestens bedanken, da sie ihre Interessen in den modernen Arbeiterorganisationen weit besser zu vertreten wissen.

* Schwurgericht Breslau. Die zweite ordentliche Schwurgerichtsperiode des laufenden Jahres hat heute unter dem Vorz. des Landgerichtsdirectors Hartmann begonnen. Bläufig sind für dieselben 6 Verhandlungstage in Aussicht genommen; weitere Sachen werden vielleicht noch nachträglich angesetzt werden.

Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 24. Febr. bis 2. März 1895 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Breslau 51 Eheschließungen statt. In der Vormwoche wurden 265 Kinder geboren; davon waren 223 ehelich, 42 unehelich, 252 lebendgeboren, (122 männlich, 130 weiblich), 13 todtgeboren, (8 männlich, 5 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (eincl. Todtgeborene) betrug 235 (123 männlich, 112 weiblich) mit Einschluß der nachträglich aus Vormochen gemeldeter. Von den Gestorbenen fanden im Alter von 0 bis 1 Jahr 74 (darunter 15 unehelich Geborene) 1 bis 5 Jahren 23, von 5 bis 10 Jahren 7, von 10 bis 15 Jahren 1, von 15 bis 20 Jahren 2, von 20 bis 25 Jahren 5, von 25 bis 30 Jahren 4, von 30 bis 40 Jahren 16, von 40 bis 50 Jahren 26, von 50 bis 60 Jahren 22, von 60 bis 70 Jahren 19, von 70 bis 80 Jahren 26, über 80 Jahre 9. — Es starben an Scharlach 5, an Masern und Röttheln 2, an Rothe — an Diphtheritis und Croup 2, an Wochenbettfieber 1, an Keuchhusten —, an Unterleibstypthuis —, an acutem Gelenk-Rheumatismus —, an Ruhr —, an Brechdurchfall 1, an Magen- und Darmcatarrh bei Kindern bis 5 Jahren 9, an anderen acuten Darmkrankheiten —, an anderen Infectionskrankheiten 12, an Krebs 8, an Gehirnschlag 9, an Krämpfen 20, an anderen Krankheiten des Gehirns 13, an Lungenentzündung 23, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 37, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organen 9, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organen 7, an Lebensschwäche und Atrophie der Kinder 18, an allen übrigen Krankheiten 51, in Folge von Berührung 1, in Folge von Selbstmord 2, Unbekannt 5, Todtschlag —. Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kamen in der Berichtswache: Gestorbene überhaupt 33,61, im ersten Lebensjahre Gestorbene 10,58, an Lungenentzündung Gestorbene 3,29.

Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten. In der Woche vom 24. Februar bis 2. März 1895 wurden 77 Erkrankungsfälle gemeldet und zwar erkrankten an mod. Pocken —, Cholera —, Diphtheritis 11*, an Unterleibstypthuis —, an Rückfallfieber —, an Scharlach 24, an Masern 12, an Ruhr —, an epidem. Genickstarre —, an Wochenbettfieber —.

* Circus Ketz. Seit mehreren Jahren hat Breslau das Vergnügen, den unzwitelfhaft vollendetsten Circus nicht nur Deutschlands, sondern Europas in seinen Mauern zu sehen, entbehren müssen, kein Wunder daher, daß sich nunmehr, da Herr Director Ketz endlich mit seiner kühnen Künstler-schaar erschienen, die Theilnahme des Publikums im reifsten Maße geltend machte. Die Eröffnungsvorstellung am Sonnabend fand vor ausverkauftem Hause statt und es erscheint fast überflüssig zu sagen, daß jeder von den Tausenden, welche da erschienen waren, vollste Befriedigung an dem im glänzenden Programm Gezeigten fand. Gleich die erste Nummer, der festliche Aufzug des gesamten Personals, von welchem der männliche Theil in schwarzen Gesellschaftskleidern, die Damen in weiß-schwarzen, lang-schleppenden Roben erschienen, gab Anlaß zu einer stürmischen Ovation für den Director, Herrn Ketz, der an der Hand sein liebliches Töchterchen Fräulein Ketz führend, bei seinem Erscheinen mit lebhaftem Beifall überschüttet wurde und einige prachtvolle Lorbeerkränze entgegen nahm. Das Programm wickelte sich ohne irgend welche Störung und in der Bestenabgung ab, wie sie eben nur Circus Ketz bieten kann. Von den einzelnen Piecen desselben haben wir bereits das „Jeu de baguette“ (Spiel der Gabel) hervorgehoben, das von Fräulein Mathilde Ketz mit vollendetem

*) Darunter 1 Fall Scharlach-Diphtherie.

Sicherheit und wunderbarer Grazie geritten wurde. Als phänomenale Reiterin erwies sich auch Fräulein Amalie Krenz mit ihren Dauerprüngen durch 50 Ballons. Wahre Glanznummern des Programms waren die Vorführung des Hengst „Blondel“, durch Herrn Director Krenz, das sich darin schließende Monstretablau von 60 der edelsten Freizeitspferde, ebenfalls von Herrn Director Krenz dressirt und vorgeführt und weiter „El Bolero“, ein spanischer Tanz, von 6 Damen und 6 Herren in prächtigen und originellen spanischen Copiumen mit 12 der edelsten Schulpferde geritten und zwar angeführt von Herrn Director Krenz. Von männlichen Kunstreitern kennen wir hier noch als Jockeyreiter ersten Ranges Herrn A. Clark. Daß auch reiche Abwechslung im Programm geboten ist, soll hier nur als selbstverständlich erwähnt werden. Dafür sorgen in erster Linie die vorzüglichsten Clowns, von welchen wir hier den urkomischen August, Herrn Lavater Lee, die Gebrüder Permané, dann Gebrüder Villand und last not least, Clown Buro, nennen. Die itarischen Spiele der Bonhair-Truppe, eine Parterre-Gymnastik von seltener Vollendung, riefen den lebhaftesten Beifall des Publikums hervor, der sich jedoch zu einem wahren Beifallssturm und wiederholten Hervorruf des Directors steigerte nach der Vorführung des „Guldigungstrug an Breslau“, ein Parade-Schauspiel von zauderlicher Ausstattung, mit Tänzer, Gruppierungen und Festaufzügen, dessen mannigfache, farbeprächige und künstlerische Einzelheiten zu schildern der Raum des Blattes leider verbietet. Alles in Allem: Circus Krenz hat sich wieder einmal vortrefflich eingeführt in Breslau und kann auf lange Zeit hinaus auf den ungetheilten Besuch unseres Publikums rechnen.

* Breslauer Consumverein. Nach dem vor einigen Tagen erschienenen Geschäftsbericht für 1894 hat das abgelaufene Geschäftsjahr des Vereins wiederum einen zunehmenden Geschäftsverkehr aufzuweisen, und die Mitgliederliste ist insbesondere durch Zuwachs aus dem kleinen Handwerkerstande von 34,326 auf 34,790 gestiegen. Der Waaren-erlös ist dagegen zurückgegangen; er betrug 8659,272 Mark gegen 9,132,950 Mark im Vorjahre. Soweit nicht die im Allgemeinen ungünstigen Erwerbsverhältnisse zu dieser Abnahme des Erlöses beitragen, ist dieselbe lediglich auf die immer mehr gesunkenen Preise zurückzuführen. — Der Waarenumsatz selbst zeigt überall eine wesentliche Steigerung gegen das Vorjahr, und der Ueberschuß aus demselben beträgt — einschließlich der für den Fall der Steuerzahlung reservirten Beträge von 71,700 Mark, die nach dem günstigen Ausgang des Steuerprocesses nun wieder im Interesse der Mitglieder verwertbar geworden sind, und eines Vortrages von 938 Mark — die Summe von 1,531,575 Mark. — Um den nach langjährigen Dienstleistungen arbeitsunfähig gewordenen Bediensteten des Vereins eine Unterstützung zu gewähren zu können, soll eine Unterstützungskasse gebildet und zur Disposition der Verwaltungsgorgane gestellt werden. — Der Ueberschuß gestattet nach reichlichen Abschreibungen die Gewährung einer Dividende von 11 Procent vom Reinertrage der Waarenbezüge; die Vermögensverhältnisse sind zur Zeit die denkbar günstigsten. Da die bisher in allen Lägern möglich gewesene vorzeitige Einlösung der Gegenmarken zu nicht befriedigenden Uebelständen geführt hat, mußte darin eine Aenderung eintreten, und jetzt findet diese Einlösung nur im Vereinsbureau auf der Kreuzstraße statt. Leider haben auch in diesem Betriebsjahre mehrere Mitglieder dadurch erhebliche Verluste erlitten, daß ihnen die durch Ankauf erworbenen Gegenmarken gemäß den statistischen Bestimmungen nicht honorirt werden konnten. Nur soweit anzunehmen ist, daß die von den Mitgliedern eingereichten Gegenmarken für die zum eigenen Bedarf aus den Lägern entnommenen Artikel verabsolgt worden sind, können dieselben als dividendenberechtiget angesehen werden. Sämmtliche Läger stehen unter dauernder Controle der Mitglieder des Verwaltungsrathes und werden außerdem von der Direction revidirt. Der Verein beschäftigt zur Zeit in seinem Comptoir, zur Verwaltung des Hauptlagers, des Weinfellers, der Kaffeebörerei, der Kaffeebäckerei und der Bäckerei neben dem geschäftsführenden Directionsmitgliede 16 Beamte und 2 Kassenboten, ferner 50 dem Kaufmannsstande angehörende Lagerhalter und 4 verwitwete Lagerhalterinnen. Mit Hilfe von 15 Commis und 137 Ladenmädchen wird der Verkauf in den Verkaufsstellen besorgt. Endlich sind 2 Backmeister, 64 Bäckergehilfen, 2 Maschinenheizer, 1 Stallmeister, 44 Kutscher und Hausknechte, 1 Hofwächter und 7 Arbeiterinnen thätig. Den Wagenverkehr zwischen Hauptlager und den einzelnen Verkaufsstellen vermitteln 30 Pferde. — Das Gesamtguthaben der Mitglieder betrug am 5. Januar d. J. 2,217,094 Mark, der Reservefonds erreichte die Höhe von 209,208 Mark, der Specialdividendenreservefonds beträgt 67,773 Mark. Der Bruttogewinn betrug 1,531,575 Mark, die gesamten Aufwände 446,786 Mark, woraus ein Nettogewinn von 1,084,789 Mark hervorgeht. Derselbe soll in folgender Weise vertheilt werden: 5 Procent Zinsen auf die Geschäftsanteile der Mitglieder 71,810 Mark, Tantiemen der Direction und des Verwaltungsrathes (1/2 Proc. des Umsatzes) 28,864 Mark, 11 Procent Dividende auf ausgegebene 3,534,146 R. Gegenmarken 938,756 R., zur Gründung eines Unterstützungsfonds für Angehörige des Vereins 40,000 Mark, Vortrag auf neue Rechnung 5358 Mark. Die Bilanz aufgestellt am 5. Januar d. J., schließt mit 2,832,171 Mark auf jeder Seite ab. Die statuenmäßige Auszahlung der Dividende und Zinsen für 1894 findet nach Genehmigung des Jahresabschlusses durch die am 14. März stattfindende Generalversammlung in diesem Jahre erst vom 18. März ab in den Hauptstellen Kreuzstraße 26 und 28 wochentlich von 8 1/2 bis 12 Uhr statt.

* Arbeiterturnverein. Dienstag den 12. März, Abends 8 1/2 Uhr, findet in dem Local „Zum Bär auf der Orgel“, Kupferfchmiedestraße 39, eine Versammlung statt, zu welcher alle Diejenigen, welche ihren Beitritt zum Arbeiterturnverein erklärt haben, eingeladen sind. * Die Bibel und die Umsturzvorlage. Ueber dieses Thema wird der Prediger der hiesigen freireligiösen Gemeinde, Herr Eschirn, in einer öffentlichen Versammlung, die am Donnerstag, den 21. März im großen Saale des „Concerthauses“ stattfinden soll, einen Vortrag halten.

* Die gestrige Mondfinsterniß war vom Wetter wenig begünstigt, denn vom Eintritt der Totalität ab, gegen 4 Uhr Morgens, hörte die Möglichkeit der weiteren Beobachtung auf, da das immer dichter werdende Gewölk den Mond vollständig unsichtbar machte. * Stadt-Theater. Heute Montag geht L. von Bethovens große Oper „Fidelio“ in Scene. Dienstag findet eine Wiederholung von Goethes „Faust“ statt. * Liebe-Theater. Montag wird zum dritten Male „Aus Berlin W.“ aufgeführt.

* Concordia-Theater. Montag gelangen drei Stücke zur Aufführung. Zuerst wird das Lustspiel „Die Hochzeitreise“, dann der Schwank „Hector“ und zum Schluß die Operette „Zehn Mädchen und ein Mann“ gegeben werden. Morgen Dienstag wird wiederum „Die Anna-Lise“ in Scene gehen. * Vermischt. Am 3. d. Mts. begab sich die Frau des in Köpelnitz 53b wohnenden Arbeiters Friedrich Heitze nach dem Hofe um Wasser zu holen. Seitdem ist die Frau spurlos verschwunden. Sie ist mittelgroß, kräftig gebaut und trug bei ihrem Weggang dunkelblauen Rock, Samaschen und ein braunes, sowie ein braunrot gestreiftes Kopftuch.

* Einen Mordversuch gegen seine auf der Vincenzstraße wohnende Frau verübte am Sonnabend Nachmittag der Handwerksmann K., indem er mit einem Revolver zweimal nach derselben schoss. K., der mit seiner Frau 36 Jahre verheirathet ist, hatte in letzter Zeit wiederholt gegen dieselbe Drohungen geäußert, die er schon am 8. d. Mts. Abends zur Ausführung bringen wollte, jedoch daran verhindert wurde. Als sich nun die Frau gestern Nachmittag gegen 4 Uhr in der Wohnung befand, trat plötzlich der Mann herzu und feuerte aus einem Revolver zwei Schüsse auf sie ab. Die Kugeln verfehlten jedoch ihr Ziel, da die Frau zur Seite sprang, als der Mann den Revolver hob. Vor seinem Sohne ergriff K. sodann schleunigst die Flucht. Man setzte ihm nach, konnte ihn jedoch nicht einholen.

* Einbruchsdiebstähle. Es vergeht jetzt fast kein Tag, ohne daß über Einbrüche zu berichten wäre. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend sind Diebe vom Hofe aus in die Buch- und Musikalienhandlung von Julius Hainauer, Schweidnitzerstraße 52, eingebrochen. Sämmtliche Pulte wurden mittelst Stemmeisen erbrochen, durchwühlt und außer einigen Toilettegegenständen, einem Stemmeisen, Briefmarken im Betrage von circa 1 Mark das vorhandene Wechselgeld im Betrage von etwa 30 Mark mitgenommen. Die Schlösser der Pulte wurden vollständig demolirt, so daß der Materialschaden nicht unbeträchtlich ist. — In der Nacht zum 8. d. Mts. wurde in das Geschäft der Gebr. Grüttner, Ring 8, ein Einbruch verübt, wobei 120—150 Mk. entwendet wurden. — Ferner wurde in die Wohnung einer Arbeiterfrau auf der Gabitzstraße eingebrochen. Hier wurden Geld und Werthsachen in noch nicht bestimmtem Werth entwendet und in einem Hause der Klosterstraße wurden mehrere Geschäfte erbrochen, aus denen etwa 100 Mark entwendet wurden.

* Polizeiliche Nachrichten. In das Polizeigefängniß wurden am 8. d. Mts. 37 Personen eingeliefert. — Gestohlen wurde einem Klempnermeister in der Tauenzienstraße eine blau emailirte Schüssel. — Abhanden kamen zwei Dienstsücher und eine schwarze Actenmappe. — Gefunden wurden 9 Rügen, eine Weste, eine goldene Brosche und ein Strammenschild.

Schlesien.

X. S. Stegitz, 8. März. Die Einführung der Sonntagsruhe in den Gewerbebetrieben der Bäder und Fleischer will den Innungsmeistern durchaus nicht behagen. Daß endlich auch für die Lohnelaven dieser Berufswege eine 16stündige Ruhepause am Sonntag gesetzlich bestimmt werden soll, erscheint den Innungsmännern als eine Ungerechtheit und sie haben nicht abel Lust, hier dagegen zu rursoren. Vorläufig begnügen sie sich damit, auf die Socialdemokraten, die an der Einführung der Sonntagsruhe Squid seien, zu schimpfen. Es geht doch nichts über diese bezopften Herren! — In der Rottz betr. die Jurisdiction der Berufung seitens des Staatsanwalts in Sachen Köhler und Geaussen, ist noch

mitzutheilen, daß den beteiligten Genossen von der Jurisdiction der Berufung bis jetzt keine Kenntniß gegeben wurde. * Görlitz, 8. März. Aus der Feriencolonie. In dem Berlinerstraße Nr. 10 befindlichen Cafetement erschöß sich, nach dem „N. Görl. Anz.“ am 6. dies. Mts., Vormittag, ein Unteroffizier der 2. Compagnie des Courbiere-Regiments. * Glatz, 9. März. Wegen versuchten Kindesmordes ist die uneheliche Anna Gebauer vom hiesigen Schwurgerichte am 23. Januar zu einem Jahre drei Monaten Gefängniß verurtheilt. — Die von der Angeklagten eingelegte Revision, welche u. a. die Beantwortung der Fragen durch die Geschworenen als widerspruchsvoll bezeichneten, wurde am 7. d. Mts. vom Reichsgerichte verworfen.

Neueste Nachrichten.

— Berlin, 10. März. Das Centrum brachte im preussischen Abgeordnetenhaus die Interpellation ein, ob die Staatsregierung geneigt sei, die im Jahre 1875 aufgehobenen Artikel 15, 16 und 18 der preussischen Verfassung über das Verhältnis der Kirche zum Staat wieder herzustellen. — Der Schacher ist im Gange. — Ueber die Börsenreformvorlage hat nach den „Berl. Pol. Nachr.“ das preussische Staatsministerium Beschluß gefaßt, und dieser wird binnen Kurzem dem Bundesrathe zugehen. — Die Vorlage, betreffend die Einführung von Handwerkerkammern, die im Reichsamt des Innern ausgearbeitet wird, soll nach Mittheilung des „Hann. Cour.“ dem Bundesrath und Reichstag noch in der laufenden Session zugehen. — Die Vorarbeiten für die Handwerkerenquete sind nach dem „Hann. Cour.“ abgeschlossen. Es sollen nun Stichproben vorgenommen werden, die aber auch schon nicht unerhebliche Kosten verursachen. — Bei einer Besprechung der bei der Entlassung des Oberpräsidenten Stolberg wirksam gewesenen Gründe bestätigt die „Königliche Zeitung“, daß sofort, nachdem Stolberg vor dem Bunde der Landwirthe capitulirt habe, die Aufforderung an ihn erging, bis zum 5. März sein Entlassungsgesuch einzureichen, wobei sehr „ungnädige Aeußerungen“ des Kaisers gefallen seien. Sicher sei, daß der mehrfache als Nachfolger genannte Landeshauptmann Stöckhausen wegen seiner ultramontanen Meinungen nicht mehr in Frage komme. Die meisten Aussichten soll jetzt der frühere Cultusminister v. Goltz haben. — Hannover, 10. März. Das Schwurgericht verurtheilte gestern den früheren Abg. Leuk wegen Verleitung zum Meineide zu einer Zusatzstrafe von 4 Monaten Zuchthaus, Frau Dr. Schnitz wegen Meineides zu 9 Monaten Gefängniß. — Remscheid, 10. März. Der Termin zur Neuwahl zum Reichstage in Folge der Ungültigkeitserklärung der Wahl unseres Genossen Reich ist auf den 19. April angesetzt. — Stuttgart, 10. März. Die Abgeordnetenversammlung nahm den Adressentwurf mit 60 gegen 13 Stimmen an. Dagegen stimmten die anwesenden Ritter und Prälaten. — Cetinje, 9. März. In Scutari wurden abermals 40 albanesische Führer verhaftet. Man glaubt, daß diese ebenfalls nach Diarbekir verwiesen werden. — Drusfel, 10. März. Der Finanzminister hat eine die Einfuhrzölle auf Rohweizen von fünf auf zwei Francs herabsetzende Vorlage bei der Deputirtenkammer eingebracht. — London, 10. März. Die „Times“ meldet: Der Sprecher des Unterhauses (der Präsident) werde binnen Kurzem aus Gesundheitsrücksichten zurücktreten. Denselben Blatte zufolge ist die Militäracademie in Woolwich wegen der Influenza geschlossen worden. Nach Mittheilungen des „Standard“ bedarf Lord Rosebery längerer Ruhe, da seine Kräfte durch die Krankheit stark gelitten haben. — Caracas (Südamerika), 8. März. Präsident Crespo hat den französischen Geschäftsträger und den belgischen Consul ausgewiesen und zwar in Folge von Berichten im italienischen Grünbuche, in denen der französische, spanische belgische und deutsche Gesandte die auswärtigen Mächte zu veranlassen suchten, einen aus deren Vertretern gebildeten Gerichtshof in Venezuela einzusetzen. Der spanische und der deutsche Gesandte waren bereits abgereist, ehe Crespos Ausweisungsbefehl erlassen war. Das wäre ein Gewaltstreich der das Völkerecht schwer verletzte.

Vermischtes.

Berlin, 8. März. Zwei Studenten, ein cand. jur. Rubinstein und ein stud. phil. Lehmann gerathen in einer „Cylinderbestille“, einer „feinen“ Schnapschänke, an einem Ballabend aneinander, sie ohrfeigten sich, und das Pistolenendstück die Folge. Rubinstein wird erschossen. So handeln die künftigen Ordnungshüter. Lehmann hatte den Juden Rubinstein antisemitisch angerempelt. — Wegen zahlreicher Unterschleife, die seit längerer Zeit verübt worden sind, wurden in Coblenz nach der „Cobl. Ztg.“ der Rentant, der Magazinsverwalter und der Taxator des städtischen Pfandhauses verhaftet. — Eine Erbschaftsstrafe, die von Südost nach Nordwest ging, wurde Freitag Abend kurz nach 10 Uhr fast in der ganzen Rheinprovinz verpörrt. — Eine furchtbare Explosion wird unterm 9. d. Mts. aus Warschau gemeldet: In einem Wagon 3. Klasse des nach Klawa bestimmten Personenzugs der Reichelsbahn, in welchem sich gegen 40 Reisende befanden, explodirte kurz vor Abgang des Zuges ein Ballon mit Aether, den ein Reisender mit sich führte und aus Unvorsichtigkeit mit dem Ofen in Berührung brachte. Es entstand eine furchtbare Panik. Drei Personen verbrannten, sieben trugen lebensgefährliche Brandwunden davon und mußten im Spital untergebracht werden. — Rom, 8. März. Senator Berardi wurde bei der Inspection eines Jarmalses von einem Irren lebensgefährlich verwundet.

Ein Schiffungslid ereignete sich am Freitag bei Cincinnati auf dem Ohio: Der von New-Orleans kommende Paderdampfer „Longfellow“ fuhr gegen einen Pfeiler einer Eisenbahnbrücke an; sieben Personen sind ertrunken, eine Anzahl Personen werden vermisst.

Die Wasserstandsverhältnisse in Ungarn haben sich bedeutend gebessert, die Verkehrsstörungen sind größtentheils behoben.

Die Legung eines Kabels von San Francisco nach Hawaii und von dort nach Japan und den französischen Inseln im stillen Ozean plant eine amerikanische Gesellschaft. In New-York verhandelt, Russland, Frankreich, Japan und Hawaii würden sich dem Unternehmen anschließen.

Von dem Leben und Treiben in einem Münchener Bierkeller mit Musik gab kürzlich vor Gericht eine echte handfeste Kellnerin, die ihre Schlagfertigkeit mit der Behörde in Berührung gebracht hat, folgende bewegliche Schilderung: „Zwanzig Gait“ in an Concert bringa wenigstens fünfzigwanzig Kinder mit, von die klein'n die's am Arm hab'n müess'n, bis zu die Dams'n zu sechs Jahr'n, wo rudweis wie am Kinderpielplatz umanand renna. Da pipst a Kloans und laugt a Lud voll Bier nach der andern aus, dort brüllt a Bua, weil er nur vier Paar Schweinswürstl kriagt und d' Muata aa a Paar gessen dat. A Deandel kugelt mit an Maazkrueg in der oan und zwoa Brezn in der andern Hand vor meiner auf'n Boden und schreit: Die daber hat mir niederg'schmiss'n. Jetzt kimmt d' Muata wie a Böwin auf mi zua, will mir an Standal mache, da jagt zum Glück a Herr am andern Tisch: 's Deandel is selber g'holpert! dafür sagt d' Muata: Sie weanis wissen! dös Kind holt 's ganze Jahr unser Bier und hat noch la Tröpfel verchütt, ne wird's heut glei o Maß im Saal herinna wegweria! Am Eck ruest a alter Grantlhauer: Kosi, do schaug eina o gong' Luartl is zweni 's nächstmal zahl i nur zwanzig Pfennig für so a Maß! Thuest g'wis mit'n Scheitellner o'schiefern, wenn mer furt jan. Wo kimmt der Bier und moant: Wo ham's denn Gahner'n Kopf, Kosi? Da vorn sit'n drei Herr'n schon zwoa Tag und haben la Bier, dreht Klappert Laner mit'n Deckl und Gahnerne Schweinsbail müag'n am End kalt werd'n, so lang jan's icho aufkomma. Zumeln's Gahna, Sie, auch a Maß! Hier Paar Dänne mit Kraut daher! So gleich, meine Herrschaften! Kreuzelement! jegen's denn net, das die Leut ihuan, als hätten's alle n Hungerthupus? Schaugen's, Herr Staatsanwalt, dös is der Anfang von so an Concert.“

In Davos (Schweiz) löhete das Schlitteln einem jungen Engländer das Leben. Zwischen Davos-Platz und Davos-Dorf ist bis an den Bergabhang hinauf eigens für die Wintergäste eine Schlittbahn hergerichtet worden. Durch Kuschlöcher von Wasser verwanferte man die Oberfläche in einen friegeglatten Eismeg. Die Schlitten fahren von der Höhe mit fabelhafter Schnelligkeit hinunter. Die Bergwegensten legen den eine halbe Stunde langen Weg in etwa 40 Sekunden zurück. In einer Kehre des Schlittenweges hatte man eine Bretterwand angebracht, damit die Schlitten hier nicht aus der Bahn gedrängt werden. Der verunglückte Engländer scheint bei der raienden Fahrt die richtige Körperlage auf dem Schlitten verloren zu haben; er schlug mit dem Kopfe an die erwähnte Bretterwand und wurde mit gänzlich zertrümmertem Schädel aufgehoben.

Standesamtliche Nachrichten.

Sam 7. März.

Heiraths-Ankündigungen. I. Kutscher Ernst Breker, evang., Hohenstr. 56, und Hedwig Fiebig, kathol., Berlinerplatz 18. — Fleischer Alfred Kriller, ev., Schweigerstraße 5, und Auguste Gärner, ev., Friedrich-Wilhelmstr. 68. — Fahrwerksbesitzer Hermann Gebel, ev., Gumpelstr. 10, und Charlotte Sedlich, ev., Antonienstr. 10. — II. Bäckmeister

Mois Scholz, kath., Groß-Stehls, und Ottilie Brettschneider, kath., Palmstr. 8. — Eisenbahn-Wagenrevisor Albert Baumgart, kath., Dels, und Vertha Walter, ev., Sadowastr. 48. — Maschinenarbeiter August Kulich, ev., Bohrauerstr. 73b, und Anna Hein, kath., Sadowastr. 56. — Maurer und Haushälter Wilhelm Ulbrich, ev., Charlottenstr. 14, und Pauline Knaast, ev., Ohlauerstr. 45b. — Stellenbesitzer Gustav Giesler, ev., Karowane, und Emma Jensen, evang., Brunnenstr. 18. — Postunterbeamter Julius Lengsfeld, evang., Sorgen, Kreis Waldenburg, und Anna Garbe, evang., Brunnenstr. 23. — III. Haushälter Johann Lechit, evang., Waterloostr. 24, und Luise Simon, ev., Feldstraße 11. — Posthilfsbote Carl Böhm, ev., Matthiasstr. 11, und Caroline Dreunder, ev., Hermannstraße 14. — Rohrleger Carl Erner, ev., Schiefwerderstr. 37, und Emilie Häusler, geb. Greul, ev., dafelbst.

Eheschließungen. I. Glaser Oscar Lang, ev., mit Ida Kusche, ev., hier. — Gefangenen-Auffeher Carl Necker, ev., mit Elisabeth Mai, kath., hier. — Sattlermeister Carl Chutisch, ev., Pilschen, mit Beate Kohl, ev., hier. — Privatier Curt von Giesenapp, ev., mit Elisabeth Klische, kath., hier. — Arbeiter Anton Winter, kath., mit Pauline Berode, geborene Wuttge, ev., hier. — Zimmermann Johann Wittwer, kath., mit Ida Hahn, ev., hier.

Geburten. I. Oberpräbival-Portier Adolf Frank, ev., 7. — Vergolder Robert Gebel, ev., 8. — Maurer Robert Gahn, kath., 1. — Kaufmann Martin Lartera, jüd., 8. — Handagist Johann Rein, kathol., 8. — Fabrikarbeiter Carl Hälsche, ev., 8. — Schuhmacher Paul Nitsche, kath., 8. — Gehilfshändler Robert Mergel, kath., 8. — Kürschner Johann Krich, kath., 1. — Bäckmeister Carl Marische, kath., 1. — II. Postunterbeamter Paul Simon, ev., 1. — Haushälter Carl Reichelt, kath., 1. — Bäcker Carl Lux, evang., 1. — Zimmerpolier Johann Wuras, kath., 1. — Schlosser Paul Jarter, kath., 1. — Hilfsheizer Johann Maricholle, ev., 1. — Schlosser Paul Pirich, kath., 1. — Maler Reinhold Genschich, evang., 1. — Kaufmann Michaelis Jemel, jüd., 1. — Schornsteinfeger Paul Thomas, ev., 1. — III. Maurer Paul Rufe, ev., 1. — Arbeiter Carl Karger, ev., 1. — Töpfer Paul Warrnis, kath., 1. — Arbeiter Johann Dpolka, ev., 1. — Schneider Peter Wolke, kath., 1. — Postunterbeamter Wilhelm Haake, ev., 1. — Maler Max Hoffmann, ev., 1. — Barbier Hermann Thoral, ev., 1. — Tischler Hermann Jörker, evang., 1. — Schlossermeister Oscar Rahmann, ev., 1. — Ziemerheber Carl Klose, ev., 1. — Arbeiter Emil Rein, kath., 1. — Postunterbeamter Gottlieb Pfeife, ev., 1. — Schmiedehändler Hermann Wiehle, ev., 1. — Buchdrucker Robert Walter, ev., 1. — Kohlenhändler Ernst Buchwald, ev., 1. — Kupferschmied Wilhelm Reimann, ev., 1. — Knicker Julius Weigelt, ev., 1. — Haushälter Robert Maltschki, ev., 1.

Todesfälle. I. Marie, 1. des Arbeiters Gustav Wäffel, 1 J. — Hilfsbrennervirtin Anna Jemische, geborene Kunze, 60 J. — Rentnierenwittwe Anna Rosina Dehnel, geb. Jan, 56 Jahre. — Versicherungs-Beamtin Frau Ernestine Müller, geb. Müller, 55 J. — Veronika Diebag, ohne Beruf, 55 J. — Erich, 8. des Locomotivheizers Albert Drgalla, 11 M. — Haushälterwittwe Rosina Goullchures, geb. Heibrich, 79 J. — Buchhalterwittwe Agnes Thiel, geb. Kaufmann, 53 J. — II. Paul, 5. des Kellners Carl Garoll, 1 J. — Eisenbahn-Rang-Führerin Emma Kobrman, geb. Kutter, 75 J. — Arbeiter Wilhelm Jomann, 37 J. — Bergwerks-Director a. D. August Debel, 41 Jahre. — Anna, 1. des Bremswärters Robert Blumel, 1 J. — III. Alfred, 8. des Hofschaffners Paul Selesgar, 2 J. — Amalie Herzog, ohne heidernden Stand, 75 Jahre. — Schuhmachere Wittwe Rosina Köbnig, geb. Hübel, 65 J. — Gertrud, 1. des Zimmermanns Friedrich Reumann, 5 Tage. — Arbeiter Gottlieb Zimmer, 45 J. — Schuhmacher Christiane Gruber, geb. Reimann, 73 Jahre. — Otto, 8. des Reuters Carl Kauske, 1 J. — Oscar, 8. des Bäckmeisters Jost Schwarz, 6 M. — Arbeiter Jost Jenschke, 43 J. — Kommer August Weniger, 56 J. — Alfred, 8. des Hilfskellners Anton Wahlisch, 4 M. — Kath. Gerandehau mann Robert Herrmann, 66 J.

Heiraths-Ankündigungen. I. Fabrikarbeiter D. Kunert, ev., Friedrich-Wilhelmstr. 41c., und Maria Lufsch, kath., das. — Hausdiener Heinrich Rentwig, kathol., Wischstraße 45, und Hedwig Döns, kath., Neumarkt 17. — Hofbesitzer Heinrich Cabor, ev., Albrechtsstr. 23, und Sel Giesel, ev., Aufseherstr. 15. — Postunterbeamter Ernst Strohm, kathol., Parahwitz, und Clara Verche, ev., Berlinstraße 50. — Haushälter Adolf Bartisch, kath., Junkerstr. und Vertha Melzer, ev., das. — Hausdiener Paul Kirchner, ev., Weisgerbergasse 32, und Clara Rudofe, kath., Ohlaustraße 18. — II. Schuhmacher Moiss Opitz, kathol., Luisenplatz 14, und Luise Krasse, ev., Klosterstraße 62. — Kaufmann Max von Riesen, ev., Gräbschenerstr. 28, und M. Schwarz, ev., Sadowastr. 47. — Kaufmann Paul Ephraim jüd., Berlin und Rosalie Ephraim, jüd., Museumsplatz 7.

Eheschließungen. I. Schlosser Emil Winter, kath., mit Elisabeth Martin, kath., hier. — Kellner Reinhold Neumann, Dissident, mit Alma Tiege, ev., hier. — Dachdecker Paul Freymann, ev., mit Emma Bastian, kath., hier. — II. Kaufmann Wolf Weisberg, jüd., Galatz, mit Paul Münz, jüd., hier. — Haushälter August Gtner, evang., 1. — Auguste Liebenhal, ev., hier. — Schlosser Max Monse, kath., mit Eleonore Buchs, kath., hier. — Schlosser Hermann Knope, kath., mit Elfriede Heinze, evang., hier. — Arbeiter Gottlieb Hentchel, ev., mit Ww. Emma Gert, geb. Neumann, kath., hier. — III. Schuhmacher Otto Gallisch, kath., 1. — Vertha Scholz, ev., hier. — Kaufmann Richard Kern, kath., mit Marie Kreuzer, kath., hier. — Tuchmacher Paul Winkler, kath., mit Auguste Heinrich, geb. Ambrosius, ev., hier. — Hütten-Inspector Leo Brodjak, evang., Jaborze, mit Ju. Güneburg, ev., Beuthen. — Restaurateur Eduard Etzke, ev., Landeck, mit Martha Schmidt, ev., hier.

Geburten. I. Schneidermeister Emanuel Gödelich, kath., 1. — Dienstmann Paul Boyan, ev., 8. — Kutscher Eduard Nidel, kath., 8. — Kutscher Reinhold Bohler, kath., 8. — Kutscher Gustav Kionka, ev., 1. — Schlosser Heinrich Greif, kath., 1. — Holzbildhauer Paul Hoffmann, evang., 1. — Buchbinder Friedrich Lehmann, evang., 1. — Bäckmeister Josef Pfeif, kath., 8. — II. Schuhmacher Carl Bunte, ev., 1. — Schuhmachermeister Albert Wittke, kath., 8. — Eisenbahn-Betriebssecretär Hermann Szadkowsky, kathol., 1. — Kupferschmied Richard Heppert, ev., 1. — Hilfsbremser Carl Maliga, ev., 8. — Kutscher Ernst Heinze, ev., 8. — Schuhmachermeister Julius Klimpel, freireligiös, 1. — Restaurateur Robert Hahn, kath., 1. — Kutscher Emil Walter, kathol., 1. — Korbmacher Wilhelm Kfmann, evang., 8. — Kaufmann Heinrich Windner, ev., 8. — Arbeiter August Goebel, kath., 8. — Wagenschreiber Hermann Selter, ev., 1. — Geprüf. Locomotivheizer Paul Frötchel, ev., 8. — Sattler Carl J. ev., 1. — Schlosser Gottlieb Willner, ev., 8. — Postschaffner Reinhold Otto, evang., 8. — Porzellanhändler August Steinhilber, Tochter.

Todesfälle. I. Möbel-Händler August Schube, 46 J. — Graveur Carl Hinte, 79 J. — Paul, 8. d. Klempners Paul Steinert, 1 J. 6 M. — H. Bruno, 8. d. Metallschleifers August Zimpel, 6 M. — Glasermeisterin Rosina Sacher, geb. Grillmus, 78 J. — Schuhmacherin Anna Knorr, geb. Klink, 35 J. — Postdirectorwittwe So. Nitsche, geb. Schröder, 72 J. — Futtermann Robert Nid, 56 J. — Mathilde Linnarz ohne Stand, 42 J. — III. Millie Rudalide Philipp Dittmann, 24 Jahre. — Töpfer Hermann Reumann, 33 J. — Margarethe, 1. des Kaufmanns Arth. Hentchel, 14 J. — Promenadengärtnerin Frau Rosina Brunn, geb. Schwarz, 45 Jahre. — Locomotivführer a. D. Thoma Wollm, 51 J. — Alfred, 8. des Gasanstaltsarbeiter Pa. Sperling, 11 M. — Assistenzarzt an der königlichen Universitätsklinik Dr. emd. Bruno Meiser, 31 J. — Buchdruckermeister Witwe Caroline Kurok, geb. Strassburg, 62 J. — Therese, 1. des verit. Restaurateurs Franz Jauritz, 2 J. — Maria, 1. des Tischlermeisters Richard Wyremba, 9 M.

Stadt-Theater.

Montag: „Fidelio“. Dienstag: „Faust“.

Lobe-Theater.

Montag: Aus Berlin W.

Victoria-Theater

(Sommernacht-Serenade) Täglich: Specialitäten - Vorstellung. Anfang 8 Uhr.

Schuhmacher

Brennstraße 20. angereicherter, besetzt mit feilen aufgezogen bei 3615 A. Völkel, Kaiserstr. 28, II. 8

Polster-Werk

Koffhaare, Kassa, Indialischer, Alpen-geß, Segras, Fibern, Möbelschmuck, Gurz, Buchstaben, Stranz, Seile, Röhrlöcher, Hangewand, etc. Löhnen entspricht billigst 3569

Jul. Moritz, Sattlermeister.

44, Kupferstraße 44.

Wer billig, gut und reell Kleider-Stoffe
vom einfachsten bis zum feinsten Seide, wie auch fertige **Confirmations-Kleider**

kaufen will, werde ich vertrauensvoll an die **Damen-Mäntel- u. Costum-Fabrik S. Leuchtag,**
Breslau, Schmiedebücke 55, Ecke Kupferstraße.

Confirmations-Kleider und -Anzüge
vom einfachsten bis zu den allerfeinsten in großer Auswahl, bei weitem billiger als überall.
Gustav Hauschner,
Herr Nr. 5 Neue Hauptenstraße Nr. 5, in Verbindung der grossen Volksrecht-Druckerei.

Um Irrthum zu vermeiden, bitte ich zu beachten, daß sich mein **Sarg-Magazin** nur **Gräbschenerstrasse 40** neben der Holzei-Apothek befindet. Empfehle mein großes Lager von Särgen zu billigsten Preisen.
Th. Muszynski, Tischlermeister.

5 Pf. Sumatra-Cigarren
Sumatra-Tabak und Carmen-Tabak
praktische Qualitäten, vorzüglich im Grand u. Geschmack
100 Stk. 2 Mk., 250 Mk., 3 Mk. bis 5 Mk.
empfehlen gegen Nachnahme 3188
Cigarrenfabrik E. Lampke vorm. A. Kirchner
Fabrik und Hauptgeschäft:
Breslau, Rossplatz 11, am Odertorbahnhof.
Filialen: Scharfstraße 1, Hummerstr. 3, Friedrich-Wilhelmstraße 4, Klosterstraße 28a, Schmiedebücke 47.
Gezeichnete und ungezeichnete amerikanische Rippen offerire billigst.

Hannau. Große Volks-Versammlung.
Sonabend, den 16. März, Abends 8 Uhr im „goldenen Löwen“. Tagesordnung: 1. Per 18. März und 2. Disziplin 3. Beschiedenes. Eintritt 10 Pf. — Frauen haben Zutritt. Der Vertrauensmann.

Vereins-Kalender. Breslau.
Dienstag, den 12. März: Kranken-Unterrichtung durch den Schneider-Dentler (E. H. Braunschweig) Abends 8 Uhr: Kaffeeabend im „goldenen Löwen“, Kupferstraße 21. Gaste willkommen. Aufnahme neuer Mitglieder. Gesangsverein der St. neben Abends 8 Uhr: Uebung in der Besetzung der Orgel. in Rabels Lotz keine Großgasse.